Rhede Volkszeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt. Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Aemtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen Bocholt: Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Walfing. Werth: Th. Parras. Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 201 | Montag, den 25. Juli | Jahrgang 1927

Poincaré in Orchies.

× **Paris**, 24. Juli. Poincaré hielt in Orchies anläßlich der Feierlichkeiten für den Wiederaufbau der Stadt eine bedeutsame politische Rede, in der er u. a. auch auf die deutsch-belgischen diplomatischen Auseinandersetzungen der letzten Zeit Bezug nahm und nichts mehr und nichts weniger verlangte, als daß die Deutschen im Interesse der Annäherungspolitik die Kriegsschuldlüge auf sich ruhen lassen sollen. Die Rede leitete Poincaré mit der bekannten Anspielung auf die Verletzung der belgischen Neutralität durch Deutschland ein. Er sprach sodann von der Ermordung von Zivilisten und Frauen und von der Brandschatzung der Stadt Orchies durch deutsches Militär, um schließlich die Wolff-Meldung aus der Kriegszeit über die belgischen und französischen Freischärler-Akte als Lüge hinzustellen. „Jedesmal, wenn die kaiserlichen Heere die Menschenrechte verletzt haben," so sagte Poincaré wörtlich, „haben sie mit Vorliebe das Märchen von den Freischärlern aufgetischt. Dieses absurden Vorwandes bedient sich auch derzeit die Untersuchungskommission des Deutschen Reichstages, um eine Entschuldigung für die verächtlichen Gewaltakte zu finden, die die deutschen Armeen anfangs des Krieges in Belgien verübt haben. Wenn wir diese Behauptungen ohne Erwiderung lassen, so werden sie als Wahrheit angesehen; wenn wir ihnen gegenüber die Tatsachen aufführen, so regt sich die Presse der Deutschnationalen auf und beschuldigt Frankreich, den Frieden zu stören. Man möge aufhören, Falsches zu verbreiten, und wir werden es sodann unterlassen, derartige Nachrichten richtigzustellen. Sobald die Deutschen darauf verzichten, die Welt irrezuführen und aufhören, die Schuld der Zentralmächte am Weltkriege und die von ihren Truppen begangenen Ausschreitungen während der militärischen Operationen abzuleugnen, werden die Franzosen glücklich sein, diese Ereignisse als geschichtlich abgetan zu betrachten."

Nach diesen Poincaré kennzeichnenden Redensarten schlägt der französische Ministerpräsident einen etwas sanfteren Ton an. „Ich erinnere mich mit Freude," so erklärte Poincaré weiter, an den deutschen Offizier, der am 24. September 1915 als Gefangener mit Tränen in den Augen erklärte, daß die Stadt Orchies im Auftrage der deutschen Armeeleitung in Brand gesteckt wurde. Diese Tränen erleichtern es in hohem Maße, die schlechten Taten zu vergessen und tragen für die Annäherung der beiden Nationen mehr bei, als die Beleidigungen und Verleumdungen. So abscheulich auch das Verhalten der deutschen Brandschätzer in Orchies gewesen ist, so denkt doch niemand daran, dafür ein ganzes Volk verantwortlich zu machen. Nein, nur jene, die das Vorgehen der Deutschen zu rechtfertigen suchen, sind als Schuldige zu betrachten. Niemand unter uns wünscht den Haß zwischen den beiden Nachbarnationen zu schüren, deren Verständigung für den Frieden und die Menschheit unerläßlich ist. Wir alle wünschen die Zeit, in der es uns durch das Verhalten der Deutschen möglich sein wird, die von 1914 bis 1918 erlittenen Leiden als der Vergangenheit angehörend zu betrachten. Frankreich hat nicht aufgehört, seinen Versöhnungswillen zu bekunden. Es wird seine Anstrengungen für den Frieden loyal und ohne Hintergedanken fortsetzen. Frankreich hat durch seinen Sieg seine natürlichen Grenzen wiedergefunden. Es wäre ein unverzeihlicher Akt, wenn es sich in seinen Wiederaufbauarbeiten durch Pläne abenteuerlicher Natur beeinträchtigen lassen würde."

Poincaré schloß sodann seine Rede mit der Mahnung an die Parteien, das Kabinett der nationalen Einheit im Interesse der wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufrichtung Frankreichs ungestört weiterarbeiten zu lassen.

Vor dem Abbruch der Seeabrüstungskonferenz.

Washington, 24. Juli. Besonderes Interesse erregte hier die Meldung des gewöhnlich gut unterrichteten Londoner Berichterstatters der „New York World", wonach sich Balfour und andere Kabinettsmitglieder gegen jedes Entgegenkommen gegenüber Japan ausgesprochen haben sollen, da das Englands Stellung im Pazific schwächen würde. Ein Krieg mit Amerika sei undenkbar, während Schwierigkeiten mit Japan nicht ausgeschlossen seien.

Im übrigen sieht man in den politischen Kreisen Washingtons den Ereignissen der kommenden Woche gefaßt und kühl entgegen. Wie schon berichtet, zeigt die Presse eine versteifte Haltung und gibt damit die Auffassung der Regierung wie auch die einflußreicher Senatoren wieder, daß England sehr erhebliche Zugeständnisse machen müsse, wenn die Konferenz doch noch zu einem Ergebnis führen solle. Man würde vielleicht auf eine Festlegung der Zahl der 10 000 Tonnen-Kreuzer eingehen, wenn die Zahl nicht zu niedrig angesetzt wird. In der Frage des Schiffsalters und des Kalibers lehnt man ein Nachgeben ab. Die Vereinigten Staaten sind, wie hier betont wird, auf das Abkommen nicht angewiesen. Die überwiegende Mehrheit der Nation hat sich in der Kreuzerfrage zu der Auffassung der Regierung bekannt, nicht aus Sucht, die Kriegsschiffe zu vermehren, sondern aus Nationalstolz, der eine vertraglich festgelegte Inferiorität nie zulassen würde. Zudem weisen einige Senatoren darauf hin, daß im nächsten Kongreß, falls der Vertrag gezeichnet und dem Senat vorgelegt werden sollte, die Frage der Freiheit der Meere aufgeworfen und kein Vertrag genehmigt werden wird, der nicht den amerikanischen Schiffen, falls England mit einem anderen Staate in den Krieg treten wird, das volle Recht neutraler Schiffahrt sicherstellt, wie dies die amerikanische Tradition von jeher verlangte.

Aus all diesen Gründen wird hier keine große Aktivität gezeigt. Man erwartet, daß die Genfer Konferenz in der kommenden Woche mit einer britischen Erklärung enden wird, daß eine starre Festlegung der beiden Staaten in Bezug auf das Kreuzerprogramm angesichts der grundsätzlichen Verschiedenheiten geographischer und staatsrechtlicher Natur untunlich sei, ferner, daß England nie gegen die Vereinigten Staaten gerüstet habe und dies auch nicht zu tun beabsichtige.

Die Zusammenkunft des Prinzen von Wales und Baldwins mit Dawes und Kellogg bei der Eröffnung der Friedensbrücke in Buffalo dürfte, wie man hier sagt, weitere Gelegenheit geben, die unzerstörbare Freundschaft der beiden Nationen feierlichst zu bekräftigen.

Hörsing tritt vom Oberpräsidentenposten zurück.

Er bleibt Bundesvorsitzender des Reichsbanners.

△ **Magdeburg**, 24. Juli. Auf der Reichstagung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold erklärte heute Oberpräsident Hörsing, daß er sich nach Rücksprache mit Ministerpräsident Braun und Innenminister Grzesinski entschlossen habe, von dem Posten des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen zurückzutreten, um sich in Zukunft allein den Angelegenheiten des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold widmen zu können.

★

Hörsings Rede in der Reichskonferenz des Reichsbanners.

× **Magdeburg**, 24. Juli. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold hatte für heute vormittag eine Reichskonferenz nach Magdeburg einberufen, die von zahlreichen Delegierten aus allen Teilen des Reiches besucht war. Zweck der Konferenz war, zu den letzten Ereignissen in Wien, dem Aufruf des Bundesführers Hörsing und dem darauf erfolgten Schritt der Reichsregierung Stellung zu nehmen. Nach Erledigung der Geschäftsordnungsangelegenheiten nahm sofort der Vorsitzende des Reichsbanners, Oberpräsident Hörsing, das Wort zu einer längeren Rede, in der er u. a. folgendes ausführte:

Die Beschlüsse der letzten Reichskonferenz, die im wesentlichen darauf hinausliefen, mit allen Kräften daran zu arbeiten, die Monarchisten und Kommunisten aus den Länderregierungen auszuscheiden und eine republikanische Zusammensetzung der Regierungen zu erzielen, hätten leider nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Auch im Reichsrat hätten die Republikaner die Mehrheit verloren. (?) Republikanische Länderregierungen seien von ungeheurem Wert für die Zusammensetzung der Reichsregierung. Seit der halbjährigen Tätigkeit der jetzigen Reichsregierung sei dieser bisher ein inner- und außenpolitischer Erfolg versagt geblieben. Die Beamten, Arbeiter und Angestellten seien bitter enttäuscht worden. Die Sparer, Rentner, Kriegsgeschädigten, Witwen und Waisen fühlten sich zurückgesetzt. Auch die Bauernschaft sei der Ansicht, daß die deutschnationale Politik nur zugunsten des Großgrundbesitzes getrieben würde. (?) Im Lager der Regierungsparteien gehe alles durcheinander. Die Deutsche Volkspartei werde von den Deutschnationalen förmlich an die Wand gedrückt. Zwischen der Tätigkeit der Regierungsparteien im Parlament und den Auslassungen ihrer Presse beständen scharfe Gegensätze.

Die Gegner der Republik hätten sich drei Steckenpferde ausgesucht, auf denen sie herumreiten wollten: Das Reichsbanner, die preußische Staatsregierung und ihn, Hörsing. Gegen das Reichsbanner und seine Führer würden seit einiger Zeit unglaubliche Verleumdungen ausgesprochen. Die Hetze gegen ihn habe eingesetzt, um ihn in seiner Eigenschaft als Abgeordneten des Reichsrates und als Oberpräsident mundtot zu machen. Er habe nie gegen die Reichsregierung als solche geschimpft, habe überhaupt auf niemand geschimpft, sondern habe nur ein sachliche Kritik (?) an der Deutschnationalen Partei und ihrem Abgeordneten, dem jetzigen Reichsminister Dr. Hergt, geübt. Dies habe er in der Meinung getan, daß die Auslassungen Hergts in Königsberg „Laßt uns gen Ostland reiten" dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann Unannehmlichkeiten bringen könnten. Er stehe auch heute noch hinter dieser seiner Kritik und nehme kein Wort davon zurück. Der Sturm, den diese Kritik im nationalen Lager entfesselt habe, habe nur den Zweck gehabt, die Reichsregierung gegen das Reichsbanner aufzuwiegeln.

Zu seinem Aufruf zu den Wiener Ereignissen und der Stellungnahme der Reichsregierung bemerkte Hörsing: In Oesterreich gebe es leider nur eine republikanische Partei, und das sei die Sozialdemokratie und der aus dieser hervorgegangene Republikanische Schutzbund. Die Christlich-Soziale Partei habe monarchistische und faschistische Tendenz und sei ungefähr mit der Bayrischen Volkspartei zu vergleichen, nicht aber mit der Deutschen Zentrumspartei. Die österreichischen Republikaner hätten jedoch das Unheil abgewandt und damit, wenn nicht einen Weltkrieg, so doch mindestens einen furchtbaren Bürgerkrieg verhindert. Hierfür habe er ihnen zu danken, was er auch in seinem Aufruf zum Ausdruck gebracht habe. Auch hiervon nehme er keine Silbe zurück und spreche den republikanischen Oesterreichern im Namen des Reichsbanners nochmals seinen herzlichsten Dank aus für ihre große Tat, die sie der Menschheit geleistet hätten. Aus seinem harmlosen Aufruf solle eine diplomatische Aktion gemacht werden. Die Seipel-Regierung werde von dem Schritt der Reichsregierung überrascht und entsetzt gewesen sein.

Die wüste Schimpfkanonade der letzten Tage und die Hetze gegen ihn hätten ihm Veranlassung gegeben, sich folgende Fragen vorzulegen: Dürfe er zusehen, daß die Deutschnationalen, Völkischen und Volksparteiler weiter politische Verschleierungen betrieben dadurch, daß sie immer weiter auf ihm herumritten, könne er als Vorsitzender des Bundes hierzu schweigen, könne er sich als Reichsratbevollmächtigter mundtot machen lassen, oder als Oberpräsident, solle er als Bundesvorsitzender zurücktreten? Dürfe er den Deutschnationalen den Vorwurf lassen, daß er die preußische Regierung gegen die Reichsregierung aufgehetzt habe, dürfe er zusehen, wie durch die Hetze gegen ihn eine Reibung entstehe zwischen den republikanischen Länderregierungen und den republikanischen Parteien? Alles dies müsse er verneinen. Er verkenne nicht den politischen Wert seiner Stellung als Oberpräsident; für die Stärkung der republikanischen Front sei jedoch ein geschlossenes disziplinarisches Reichsbanner und eine vom Vertrauen getragene Führung wertvoller, und dafür dürfe kein Opfer groß genug sein. Er habe sich aus diesem Grunde entschlossen, auf seinen Oberpräsidentenposten zu verzichten. Er habe nach Rücksprache mit dem Ministerpräsidenten und dem preußischen Innenminister schriftlich gebeten, ihn von seinen Amtspflichten als Oberpräsident der Provinz Sachsen zu entbinden. Er wolle als politisch freier Mann an der Spitze des Bundes stehen; ohne Rücksicht auf sein Amt wolle er wie bisher handeln und arbeiten. Den Kampf gegen die Feinde der Republik habe er für die vornehmste Pflicht gehalten. Die überparteiliche Grundlage des Reichsbanners sei in keinem Falle verlassen worden. Das Reichsbanner werde dafür eintreten, daß die Feinde der heutigen Staatsform aus den Reichs- und Landesregierungen verschwänden und Republikaner an ihre Stelle träten. Es marschiere seinem klaren Ziele zu und werde bei der nächsten Wahl mit allen Kräften für den Sieg der Republik kämpfen, für ein starkes Reichsbanner, für die Stärkung der republikanischen Parteien und für eine freie soziale Republik.

In der sich daran anschließenden Aussprache drückten die Delegierten Glau-Hannover (Sozialdemokrat), Kalesse-Königsberg (Zentrum) und Hermann-Breslau (Demokrat) ihr Bedauern darüber aus, daß Hörsing ein so wichtiges politisches Amt, wie das eines Oberpräsidenten, aufgeben wolle, um seine Ziele weiter verfolgen zu können.

★

Zentrum, Hörsing und Reichsbanner.

Hörsing hat als Oberpräsident abgedankt, um sich freier und ungenierter als Führer des Reichsbanners betätigen zu können. Die Rede, die er bei der gestrigen Tagung des Reichsausschusses dieser Organisation in Magdeburg gehalten hat, gibt einen Geschmack davon, wie er sich das denkt. Er erhebt gegen die Reichsregierung neue Vorwürfe, ohne Rücksicht darauf, daß die im Reichsbanner vertretene Zentrumspartei hinter der im Reich getriebenen Politik steht. Was den Inhalt dieser Vorwürfe anlangt, so ist es zwar richtig, daß in diesem Jahre noch kein außenpolitischer Erfolg hat erreicht werden können. Aber woran liegt das? Weiß Herr Hörsing nicht, daß seit einem Jahre in Frankreich Poincaré wieder am Ruder ist, daß seitdem Briands Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt ist? Hörsing behauptet auch, daß der jetzigen Reichsregierung auch ein innerpolitischer Erfolg versagt geblieben sei. Die Verlängerung des Republikschutzgesetzes, das Arbeitszeitnotgesetz, die Arbeitslosenversicherung und andere gesetzliche Maßnahmen beweisen die Unwahrheit dieser Behauptung. Daß an den letzten Zollgesetzen weniger der Großgrundbesitz als vor allem die kleineren und mittleren Bauern interessiert waren, ging aus der Stellungnahme der Deutschen Bauernschaft, die doch nur diese Kreise umfaßt, deutlichst hervor.

So enthält die Rede Hörsings eine ganze Reihe von Behauptungen, die ohne weiteres widerlegt werden können. Aber es interessiert uns hier nicht eine Auseinandersetzung mit Hörsings politischen Anschauungen, sondern es handelt sich für uns um das Verhältnis des Zentrums zu ihm als Führer des Reichsbanners u. zum Reichsbanner selbst. Und da muß gesagt werden, daß die Rede, in der er auch noch seine in der Form schlechte und in der Sache unrichtige Kritik an der österreichischen Regierung nachdrücklichst wiederholt, nicht die Rede eines den Satzungen des Reichsbanners entsprechenden, bewußt überparteilichen republikanischen Führers ist. Herr Hörsing hat sich durch diese Rede, in der er sich die Pose des lieber auf ein gutbezahltes Amt als auf seine Reichsbannertätigkeit verzichtenden freien Mannes gibt, dem Zentrum nicht empfehlenswerter gemacht. Er setzt das einseitige Verfahren fort, von dem die „Germania" dieser Tage, wie wir hören, im Einklang mit der offiziellen Meinung der Leitung der Zentrumspartei und insbesondere auch der dem Bundesvorstand und dem Reichsausschuß des Reichsbanners angehörenden Zentrumsmitglieder geschrieben hat, daß es diesen dadurch schlechterdings unmöglich gemacht werde, beim Reichsbanner zu bleiben. Die „Germania" forderte, daß der parteipolitische Charakter des Reichsbanners in Zukunft gewahrt werde und daß von ihm nur solche politische Kundgebungen in die Welt gehen, die die Zustimmung des gesamten Vorstandes gefunden haben. Die Rede Hörsings hinterläßt nicht den Eindruck, als ob er diesen Forderungen ehrlich zuzustimmen bereit sei, sie verstärkt im Gegenteil die Ansicht, daß er es geradezu darauf anlegt, das Reichsbanner zu einer dem Republikanischen Schutzbund in Oesterreich kongruenten Organisation, zu einer rein sozialdemokratischen Stoßtruppe zu machen.

Außer der Rede Hörsings und dem Beginn der darauf folgenden Diskussion ist über den Verlauf der Aussprache in Magdeburg, in der es sich auch um die Forderungen des Zentrums handelte, bis zur Stunde noch nichts bekannt. Daher ist es geboten, das Urteil über das künftige Verhältnis des Zentrums zum Reichsbanner noch zurückzustellen, bis das Ergebnis dieser Aussprache vorliegt. Daß uns Hörsing nicht als geeigneter Führer einer überparteilichen republikanischen Organisation erscheint, haben wir bereits am Samstag begründet. Seine Magdeburger Rede beweist es erneut. Daß er sich entschlossen hat, aus der preußischen Verwaltung zu verschwinden, ist lebhaft zu begrüßen. Denn sie verliert mit ihm einen Mann, der allzuhäufig vergaß, daß er ein hoher, zu politischem Takt und mancherlei Rücksichten gezwungener Beamter war, und der an manchen Differenzen zwischen dem Reich und Preußen Schuld trug.

Oesterreichs Krankheit.

Von

Dr. Friedrich Schreyvogel, Wien.

Solange Deutschland und Oesterreich nicht ein einziger Staat sind, solange ist eine Wunde merkwürdiger Art nicht geschlossen. Was bedeutet die Vereinigung der beiden Staaten? Eine Wiederherstellung des früheren natürlichen Zustandes. Es kann nicht oft genug gesagt werden, die Trennung Oesterreichs von dem übrigen Deutschen Reich währte ja nur knapp zweiundfünfzig Jahre nach sechshundert Jahren gemeinsamer Geschichte. Was von 1866, in welchem Jahre der deutsche Bund endgültig in die Brüche ging, bis zum Jahre 1918 geschehen ist, zählt aus der Schau der Geschichte nicht anders als eine Episode, eine Krankheit.

Im Jahre 1866 ist unbedingt ein Eingriff gegen die Natur geschehen. Eine Operation schmerzlichster Art, die auch ihr Schöpfer Bismarck als tragisch empfand und dem schon dadurch sichtbarsten Ausdruck gab, daß er alles daran setzte, Oesterreich nicht entscheidend zu schwächen und sofort in einem engen Bündnis das abgetrennte Glied zu gewinnen. Und nach 1870 tut das große übrige Deutschland nur dasselbe, was jeder Patient tut, der sich über den Verlust eines wichtigen Teiles seiner Selbst beschwichtigen muß. Man benimmt sich, als wäre dieses Glied kaum je richtig zum Körper gehörig gewesen, man leugnet, soweit es nur irgend angeht, den Verlust.

Ja, man suchte dem Rumpf Deutschland einzureden, daß es geradezu die endgültige Aufgabe der deutschen Nation sei, in ihrer jetzigen Gestalt durch die Welt zu wandeln. Die sogenannte kleindeutsche Geschichtsschreibung unterzog sich dieser Aufgabe mit jener Gründlichkeit und Leidenschaft, deren nur das deutsche Gemüt fähig ist. Deshalb halte ich es für verfehlt, dem Klein-Deutschtum eine erbitterte Fehde nach der anderen zu liefern. Wie die Dinge nun einmal um 1880 herum lagen, handelte es sich wirklich um das, was bei jedem Krankheitsfall das wichtigste psychologische Problem ist: das volle Gesundheitsgefühl herbeizuzwingen. Hierzu sind eben schärfere Mittel notwendig, als sie sich bei strenger Gebundenheit an den Tatbestand der Gerechtigkeit erzielen lassen.

Was tat Oesterreich in der entsprechenden Lage? Auch hier können wir uns die Vorgänge mit einem Vergleich sehr gegenständlich machen. Oesterreich hatte die östliche Aufgabe des deutschen Volkes längst so fest und so gründlich angepackt, daß sie seinen Händen zur Selbstverständlichkeit geworden war. Diesem Oesterreich wurde durch die Trennung vom übrigen Reich in einer Form ein Teil seines eigenen Lebens geraubt, die um so grausamer war, als sie für den Augenblick nach außen hin gar nicht erkennbar war. Wie etwa ein Lahmer, der im Rollstuhl fährt und dem die Beine fehlen, noch ganz fest und gestaltend zugreifen kann, bis erst nach und nach aus der Verstümmelung die Ohnmacht bis zum Zugriff der Hände emporwächst, so tat auch Oesterreich, vom Reich getrennt, noch lange das, was seit je die Aufgabe des Reiches gewesen war. Freilich, mit jedem Jahrzehnt war die Sprödigkeit des Stoffes schwerer zu überwinden. Im Wiener Parlament tobten die Deutschen Patriotismus" schuf, eben nicht eingefallsche deutschfeindliche Politik der Regierung; was war das indessen anderes als die Folge von 1866, die sich als Gift haltloser Schwäche in die Entschlüsse Oesterreichs eindrängte? Freilich, weder in den Wiener Thronreden, noch als Stoff der offiziellen Zeitungen war dieses genaue Gegenstück zu dem Glücksrausch zu lesen, der nach 1870 alle Deutschen ergriff. Man redete nicht mehr von der deutschen Nation in Wien, man wollte sich, indem man einen „österreichischen Patriotismus" erschuf, eben nicht eingestehen, daß ein halber Leib nicht auf die Dauer leben könne. Man erklärte ihn für alle Fälle für möglichst vollkommen.

Die volkstümliche Anschauung jedoch, die in allen diesen Dingen viel treffsicherer ist, macht sich nichts vor, indem sie meint, daß „österreichische Art im Reich gut täte", oder auch, daß man „preußische Zucht in

Rhede Volkszeitung

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt. Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Aemtern des Kreises Borken.
Organ der Zentrumspartei.

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen Bocholt: Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054. Rhede: J. Heinrichs. Anholt: W. Walfing. Werth: Th. Parras. Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 201 | Montag, den 25. Juli | Jahrgang 1927

Beides muß als richtig zugestanden werden. Jener Grad überlegener Lebensbeherrschung, jene österreichisch-freie Art, sich zu geben, die in ihrer Wirkung auf die Kräfte eines Siebzigmillionen-Volkes verteilt, sich überall im Endbild heilsam nutzbar machen müßte, wird — auf einen Bruchteil beschränkt — zur Uebertreibung, ja zur Krankheit und zur Groteske. Und der deutsche Tatwille wiederum, mochte auch die Größe des Wirkungskreises, der ihm geblieben war, darüber täuschen, konnte, wenn er nicht das, was in Oesterreich geschah, als Teil der deutschen Aufgabe begriff, nicht zum Gleichgewicht gelangen und entbehrte zudem jenes Zuschusses natürlicher Herrscherbegabung, die mit dem österreichischen Weltreich wie von selbst mitgewachsen war.

So gelangen wir wohl zur wichtigsten Seite des Anschlußgedankens. Er muß unbedingt beiderseitig aufgefaßt werden. Als die Wiedervereinigung von Getrenntem, als der endliche Weg zu innerem wie äußerem Gleichgewicht.

Zur wirklichen Gesundung bedarf es der grundsätzlichen Umkehr der Lebensweise; so ist auch uns Oesterreichern das Verlangen nach dem Anschluß nur der symbolhafte erste Schritt, um überhaupt zu einer neuen Lebensordnung der Nation vorzudringen.

Was wir von den Oesterreichern und den anderen deutschen Stämemn gesagt haben, ist, wenn man die immer aufschlußreiche Vorstellung vom gemeinsamen Körper des Volkes, ja letztlich der ganzen Welt, vor Augen hat, die erste Anwendung eines ganz allgemeinen Grundsatzes, der uns nur in dem Beispiel des Anschlusses mit besonderer Klarheit einleuchtet. Ueberall muß man zu einem Ausgleich der in den verschiedenen Klassen wirkenden Kräfte gelangen, zu einem Kreislauf aller in allen, wie wir ihn vielfältig und zukunftsfreudig als Volksgemeinschaft vor uns sehen.

Wie die Werke des Menschen ihre letzte Wurzel in seinem Ich, in der Reife und Vollendung seiner Persönlichkeit haben, so sind auch die sozialen und politischen Handlungen eines Volkes letztlich von der Reife seiner Persönlichkeit abhängig, davon, wie weit es als Nation verwirklicht ist. Daß in Deutschland wie in Oesterreich der Klassenkampf sich je zu einer solchen Gewalt erheben konnte, daß überhaupt die Gegensätze verschiedenster Art dort in einer kaum irgendwo anders in Europa in gleichem Maße sichtbaren Weise fast den Eindruck eines zusammengehörigen Volkes zu sprengen vermochten, für alles das mag man auch im Jahre 1866 seinen heimlichen Grund suchen.

Das halten wir fest: unser Anschluß ist ein Bekenntnis zum großen Gleichgewicht der Einigkeit, ist zwar zuerst ein Bekenntnis, daß Deutschland wie Oesterreich wieder im ganzen Umfang deutsch leben müssen, aber, und das mag das Wichtigste sein, nicht nur diese Art Wiedergutmachung von 1866, sondern gleichzeitig seine weitere Ueberwindung; was damals gegeneinander gerichtet zur Katastrophe führte, muß nicht nebeneinandergestellt, sondern in wahren organischen Kreislauf des Miteinander gebracht werden.

Wir wollen nicht das Deutsche Reich von 1804, nicht wieder den Deutschen Bund, wir wollen ein neues soziales, religiöses und nationales Leben: Wir wollen endlich das ganze Deutsche Reich. Eben darum, weil seine Geburtsstunde nicht früher erwartet werden kann, ist der Anschluß nicht nur für alle Deutschen, sondern für Europa bedeutsam, für das ein sich selbst endlich voll erfüllendes Deutschland wahrscheinlich nicht wenkger wichtig ist, als dieses Oesterreich für das Deutsche Reich.

★

Polizeipräsident Schober über die Wiener Unruhen.

◇ **Wien**, 24. Juli. In einer Unterredung mit dem Herausgeber einer hiesigen Korrespondenz erklärte Polizeipräsident Schober über die jüngsten Unruhen, es seien wieder einmal Demonstranten zu einer Kundgebung ohne jede einheitliche Leitung auf die Ringstraße gebracht worden, worauf die führerlose Masse eine Beute kommunistischer Agitatoren geworden sei, die sich die von ihnen sehnsüchtig herbeigewünschte Gelegenheit, wieder einmal einen Versuch zu einem Putsch zu unternehmen, nicht entgehen lassen wollten, wobei ihnen recht fragwürdige Elemente, die zu plündern hofften, zu Hilfe kamen. Diese Menge habe die Sicherheitswache wiederholt mit ungeheurer Vehemenz angegriffen, mit Sand beworfen, aber auch beschossen, worauf die Wache vielleicht zu spät die Abwehr der Angriffe mit dem Säbel begann. Daß Revolverschüsse der Demonstranten schließlich mit Revolverschüssen der Wache erwidert wurden, sei selbstverständlich. Gewehre seien erst dann verwendet worden, als eine große Zahl von Wachtmeistern bereits schwer verletzt, die Reichspost ausgebrannt, das Wachzimmer in der Lichtenfelsgasse zerstört, eine Reihe von Wohnungen in demselben Hause geplündert waren und der Justizpalast in hellen Flammen stand. Die Polizei habe es, wie im Jahre 1919, verschmäht, zu Mitteln blinder Repression zu greifen. Als aber nichts anderes mehr übrig blieb, habe sie, um Wien und die Republik vor weiteren Greueln zu bewahren, eben auch zum letzten Mittel greifen müssen. Es sei zu hoffen, daß ein solcher Ausbruch der Zügellosigkeit sich nicht mehr ereignen werde.

Die Beteiligung der Sozialdemokratie!

◆ **Wien**, 24. Juli. Der Polizei ist es, wie die Blätter melden, gelungen, den größten Teil der vor acht Tagen aus einer geplünderten Waffenhandlung weggeschafften Waffen und Munition in einem Vereinslokal der sozialdemokratischen Jugendorganisation wieder zu beschlagnahmen. Bei den politischen Ermittelungen spielen einige von verschiedenen Photographen während der Unruhen aufgenommene Bilder eine bedeutsame Rolle. Die Photographien wurden stark vergrößert, wodurch es möglich war, eine große Anzahl von Personen, die sich an den Ausschreitungen besonders als Brandstifter beteiligten, festzustellen. Durch diese Photographien soll auch festgestellt sein, daß entgegen den gestrigen Erklärungen des Stadtrats Speiser tatsächlich Rüstwagen der städtischen Elektrizitätswerke zur Anzündung des Justizpalastes benutzt worden sind. Mit den Leuchtfackeln, die auf diesem Wagen sich befanden, sollen nach Zeugenaussagen Aktenbündel angezündet worden sein.

Die sozialdemokratische Gemeindeschutzwache wacht im Ratskeller.

⨯ **Wien**, 24. Juli. Der bisherige Kommandant der während der Krisentage vom Wiener sozialdemokratischen Bürgermeister aus Mitgliedern des Republikanischen Schutzbundes gebildeten Schutzwache, Major a. D. Bernal ist wegen Gehorsamsverweigerung einzelner Abteilungen freiwillig zurückgetreten. Die „Reichspost" meldet hierzu: „Die gesamte Gemeindeschutzwache befand sich im Wiener Rathaus. Obgleich den Angehörigen der Gemeindeschutzwache das Betreten des Ratskellers verboten war, wurde er bald der von ihnen bevorzugte Aufenthaltsort. Als nun die Wache auf die verschiedenen Gemeindehäuser verteilt werden sollte, verweigerten einzelne Gruppen den Abmarsch aus dem Rathaus, andere kehrten eigenmächtig dorthin zurück."

Die Verhaftung des Abgeordneten Pieck.

◆ **Wien**, 23. Juli. Das deutsche Auswärtige Amt hat durch die deutsche Gesandtschaft in Wien ein Ersuchen des Präsidiums des Preußischen Landtages wegen Freilassung des preußischen kommunistischen Landtagsabgeordneten Pieck übermittelt. Zugleich wurde angefragt, ob es den Tatsachen entspreche, daß er nur wegen Ueberschreitung der Paßvorschriften verhaftet worden sei. Das Bundeskanzleramt erklärte, die Annahme, daß der Abgeordnete Pieck nur wegen Ueberschreitung der Paßvorschriften verhaftet worden sei, treffe nicht zu, denn es sei bei ihm auch kompromittierendes Material gefunden worden. Bevor die diesbezügliche beim Landesgericht anhängige Untersuchung nicht abgeschlossen sei, sei ein Einschreiten der Bundesregierung nicht möglich.

○ **Wien**, 23. Juli. Wie von zuständiger polizeilicher Seite auf Anfrage mitgeteilt wird, ist von einer bevorstehenden Haftentlassung des Abgeordneten Pieck, von der eine hiesige Korrespondenz meldete, bei der Polizei nichts bekannt.

Die neue belgische Note.

÷ **Berlin**, 24. Juli. Die belgische Regierung hat gestern dem deutschen Gesandten in Brüssel, Herrn von Keller, das nachstehende Memorandum überreicht:

„In Beantwortung der Mitteilung der belgischen Regierung vom 19. Juli 1927 hat die Reichsregierung in einem Memorandum vom 20. ds. Mts. erklärt, daß sie die Bemerkungen ihrer früheren Note über die Senatsrede des Herrn Wehrministers aufrechterhält. Die deutsche Regierung hat hinzugefügt, daß ein weiteres sachliches Eingehen auf die Frage sich für sie erübrige, da Graf de Broqueville seine Erklärungen durch keine konkreten Beweise gestützt habe. Die Regierung des Königs Albert beehrt sich, die Reichsregierung daran zu erinnern, daß Herr de Broqueville von Anfang an die Gründe angegeben hat, die ihn daran hinderten, alle Nachrichtenquellen zu enthüllen. Darüber hinaus glaubt Herr de Broqueville, daß seine Erklärungen und Erläuterungen das deutsche Memorandum vom 18. Juli in entscheidender Weise widerlegen und geeignet sind, jede Zweideutigkeit auszuschließen. Indem sie das Vorstehende der Reichsregierung mitteilt, stellt die belgische Regierung fest, daß die Antwort der Deutschen Regierung vom 20. Juli über denjenigen Teil des belgischen Memorandums vom 19. Juli gänzlich schweigt, in dem die Regierung des Königs ihr Erstaunen darüber aussprach, daß Deutschland ihr Vorwürfe über ihre Haltung machte, während ganz kürzlich noch offizielle, einer weiten Oeffentlichkeit zugänglich gemachte Reichstagsdokumente gegen die belgische Regierung und das belgische Volk schwere Anschuldigungen wiederholt haben, deren Unrichtigkeit seit langem nachgewiesen ist."

Die Reichsregierung hat, wie verlautet, nicht die Absicht, die belgische Note sofort wieder zu beantworten. Sie läßt sich dabei wohl von der Auffassung leiten, daß dieser leidige Notenkrieg nicht ad infinitum fortgesetzt werden kann. Bemerkenswert ist, daß die belgische Regierung in ihrer neuen Note den Streit um die militärischen Fragen wiederum mit den von einem Reichstagsausschuß herausgegebenen Dokumenten verquickt, also mit einer Angelegenheit, die mit dem Ausgangspunkt der ganzen Diskussion nichts zu tun hat.

Der Reichspräsident in Doberan und Rostock.

⨯ **Rostock**, 24. Juli. Reichspräsident von Hindenburg besuchte heute die Rennen in Doberan. In Heiligendamm nahm er an einem vom Vorstand des Rennvereins gegebenen Frühstück teil, bei dem u. a. der frühere Großherzog von Mecklenburg-Schwerin und Prinz Heinrich der Niederlande zugegen waren. Nach dem Frühstück wohnte der Reichspräsident, der mit der ehemaligen großherzoglichen Familie und anderen in der Fürstenloge Platze genommen hatte, mehreren Rennen in Doberan bei. Nach vier Uhr fuhr der Reichspräsident nach Rostock, wo er nach einer Rundfahrt durch die Stadt vom Rat der Stadt, dem Lehrkörper und der Studentenschaft der Universität Rostock begrüßt wurde. Hindenburg dankte darauf für die freundliche Aufnahme. Der Reichspräsident begab sich dann unter begeisterten Kundgebungen in einem Sonderzug nach Berlin zurück.

Deutsches Reich.

Die Verfassungsrede.

Berlin, 23. Juli. Zu der Meldung, daß der Reichsminister von Keudell den volksparteilichen Abgeordneten von Kardorff aufgefordert habe, bei der Verfassungsfeier der Reichsregierung im Reichstage die Festrede zu halten und daß ferner Herr von Kardorff sich bereit erklärt habe, dem Wunsche der Reichsregierung zu entsprechen, erfährt die „Tägliche Rundschau" von unterrichteter Seite, daß zwar der Gedanke erwogen worden ist, Herrn von Kardorff die Rede bei der Verfassungsfeier zu übertragen, jedoch ein diesbezüglicher Beschluß noch nicht gefaßt worden ist.

Trauerfeier für den verstorbenen König von Rumänien.

)(**Berlin**, 23. Juli. In der Berliner Hedwigskirche fand heute für den verstorbenen König Ferdinand von Rumänien ein Trauergottesdienst statt. Der Feier wohnten die Botschafter und Gesandten der in Berlin akkreditierten fremden Mächte bei, darunter der Doyen des diplomatischen Korps, Nuntius Pacelli. Als Vertreter des Reichspräsidenten nahm an der hohe Ministerialrat Dr. Böhle, als Vertreter der Reichsregierung Staatssekretär von Schubert teil. Im Mittelschiff der Kirche war ein mit der rumänischen Königsstandarte bedeckter Katafalk aufgestellt.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius über das deutsche Handwerk.

Achter nordwestdeutscher Handwerkertag in Lüneburg.

⨯ **Lüneburg**, 24. Juli. Unter dem Vorsitz des Präsidenten Willmann wurde gestern morgen der achte nordwestdeutsche Handwerkertag mit einer Fachverbandstagung eröffnet. Anwesend waren Vertreter des westfälisch-lippischen Handwerkerbundes, der Handwerkskammer Hannover und des Niedersächsischen Kammertages. Oberbürgermeister Stollberg-Hannover sprach über Fachverbände in ihrer organisatorischen Bedeutung. Ergänzt wurde der Vortrag durch Schneiderobermeister Huck-Hannover über „Das Ziel der Fachverbände". Nachmittags fand die Versammlung der Landesverbände und Reichshandwerkerbünde statt. Aus dem Geschäftsbericht ist ein starker Ausbau der Organisation hervorzuheben. Der nächstjährige Bundestag findet in Wilhelmshaven statt. Unter stürmischem Beifall sprach Dr. Estenfeld-Hannover über den Kampf der Innungskrankenkassen gegen die Ortskrankenkassen. Drei wichtige Entschließungen wurden angenommen. Gefordert wird Umwandlung der Gewerbesteuer in eine Berufssteuer und Einführung des Zuschlagsrechtes der Gemeinden zur Einkommensteuer, ferner die Durchführung der Reichsverdingungsordnung für Bauten. Die dritte Entschließung fordert die Beschränkung der Hauszinssteuer auf eine kurzfristige Zeit, ferner Herabsetzung der Steuer um den heute für Verwaltungszwecke bestimmten Teil und Verwendung des Restes lediglich für Bauzwecke.

Am heutigen Vormittag fand eine große Jung-Handwerkerversammlung und daran anschließend die große öffentliche Kundgebung des Nordwestdeutschen Handwerkerbundes statt. An ihr nahmen u. a. die Vertreter der Regierungen aus Lüneburg und Stade und der Handwerkerkammern der Hansestädte teil.

Die Hauptrede hielt Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius. Er sprach über

die Stellung des deutschen Handwerks in der Jetztzeit.

Ausgehend von der irrigen Auffassung, daß das deutsche Handwerk mit dem Fortschritt in Technik und Industrie verschwinden würde, stellte er fest, daß Sombart zu dem Ergebnis gelangt sei, daß am Ende des hochkapitalistischen Zeitalters noch beinahe die Hälfte sämtlicher Erwerbsständigen — ohne die Landwirtschaft — handwerksmäßig beschäftigt sei. Aus den Ergebnissen der letzten Betriebszählung und den Untersuchungen des Enqueteausschusses habe sich eine Bestätigung dieser Feststellung ergeben. Trotzdem herrschten in weiten Kreisen der deutschen Oeffentlichkeit große Irrtümer über die Stellung des deutschen Handwerks im heutigen Wirtschaftssystem. Das habe daran gelegen, daß man den Eingliederungswillen des selbständigen Handwerkers in die moderne Wirtschaftsentwicklung unterschätzte. Freilich sei das heutige Handwerk nicht mehr das „historische", es habe sich mit der fortschreitenden technischen Entwicklung vielmehr umgebildet und den einzelnen Zweigen und Bedarfsgebieten sich angepaßt. Es habe sich gewandelt und das Dichterwort „stirb und werde" könnte als Leitsatz über seiner jüngsten Entwicklung stehen. Diese Wandlung des deutschen Handwerkertums sei aber wesentlich durch den Neuaufbau der Berufsvertretung gefördert worden. Am heutigen Tage könne man das 30 jährige Jubiläum der für die organisatorische Entwicklung des Handwerks grundlegenden Novelle zur Gewerbeordnung feiern, die am 26. Juli 1897 Gesetzeskraft erhielt. Dann kam Dr. Curtius auf

die Handwerksnovelle

zu sprechen, die in erster Linie versuchte, das Wahlrecht der Handwerkskammern der neuen Organisation anzupassen. Die Mitglieder der Handwerkskammern würden nicht mehr indirekt durch die Innungen und sonstigen Vereine sondern durch unmittelbare geheime und gleiche Wahlen von den Handwerkern selbst gewählt. Ferner soll durch die Handwerksnovelle der Aufgabenkreis der Kammern erweitert und ihnen die Befugnis erteilt werden, beeidigte Sachverständige zu bestellen. Sodann soll die bevormundende Aufsicht des Staatskommissars bei den Handwerkskammern in Wegfall kommen. In diesem Vorschlag liege eine Anerkennung und Wertschätzung der bisherigen Tätigkeit der Kammern.

War in der früheren Staatswirtschaft, so fuhr Dr. Curtius fort, und auch zur Zeit des merkantilen Wirtschaftssystems die Wirtschaftspolitik ausschließlich Handwerkspolitik, so sei bei dem gegenwärtigen Wirtschaftssystem die Handwerkspolitik in die allgemeine Wirtschaftspolitik eingegliedert. Oberster Grundsatz müsse dabei bleiben, daß das Handwerk selbst auch weiterhin aus eigener Kraft seine wirtschaftliche Stellung zu behaupten und den Existenzkampf aufzunehmen habe. Um die Hilfsmaßnahmen für das deutsche Handwerk zu gewährleisten, sei im Reichswirtschaftsministerium die Stelle eines Reichskommissars für das Handwerk und Kleingewerbe geschaffen worden, der im Einvernehmen mit den beruflichen Vertretungen der mittelständischen Kreise die notwendigen Maßnahmen bei den Reichs- und Landesbehörden anregen solle.

Dr. Curtius beschäftigte sich sodann eingehend mit der außerordentlich schwierigen Frage der

Kapitalbeschaffung.

Da die Unterlagen und Sicherheiten in kleineren und mittleren Betrieben natürlicherweise beschränkter seien, so seien auch die langfristigen Kredite für sie wesentlich schwerer zu beschaffen. Mit neuen staatlichen Sonderkreditaktionen könne dem Handwerk keineswegs gedient sein. Es gelte vielmehr dahin zu wirken, daß die langfristige Kreditgewährung durch die berufenen Kreditorganisationen dem Handwerk erschlossen würde. Deshalb sei die Reichsregierung mit den Ländern in fühlung getreten, um zu bewirken, daß die Sparkassen im vermehrten Umfange zu der Anlage ihrer Spargelder in kleinere Hypothekenkredite übergingen.

Aus Kreisen des Handwerks sei die Anregung gekommen, zur Pflege des Kreditwesens ein Zentralkreditinstitut einzurichten. Hier stimmten aber die Spitzenvertretungen des Handwerks mit der Reichsregierung darin überein, daß dadurch nur höhere Verwaltungskosten als bisher entstehen würden. Aber abgesehen davon laufe ein Kreditinstitut für einen einzigen Berufsstand Gefahr, in sich keine Ausgleichsmöglichkeit zu finden. Ueberdies erübrige sich ein Zentralkreditinstitut durch die Existenz der preußischen Zentralgenossenschaftskasse. Auf

die außerordentlich hohen Steuerlasten

bei den handwerklichen Betrieben eingehend, erklärte Dr. Curtius, daß das in Vorbereitung befindliche Reichsrahmengesetz für die Realsteuern dem Mittelstand durch Senkung der Grund- und Gewerbesteuern eine Erleichterung der Steuerlast bringe. Er habe volles Verständnis dafür, so fuhr Dr. Curtius fort, daß das durch hohe Zins- und Steuerlast beengte Handwerk sich über die Konkurrenz der öffentlichen Betriebe beschwere und werde mit aller Energie an die Abstellung dieses Mißstandes herangehen.

Im einzelnen ging Dr. Curtius sodann auf die außerordentlich gestiegenen sozialen Lasten ein. Auch hier werde es die Aufgabe des Reichskommissars sein, für Milderung zu sorgen.

Zum Schluß ging Dr. Curtius auf

die Frage des Nachwuchses

im Handwerkerstande ein, der in einzelnen Handwerkszweigen außerordentlich gering sei. Auch hier wolle die Reichsregierung durch eine Neuregelung des Lehrwesens im Berufsausbildungsgesetz Wandlung schaffen, das keineswegs eine schematische Regelung für alle Berufszweige beabsichtige. Er hoffe, so schloß der Minister, durch diese Skizzierung der Lage des deutschen Handwerks einen Beweis des aufrichtigen Interesses gegeben zu haben, das die Reichsregierung an der Erhaltung und Entfaltung dieses wirtschaftlich, kulturell und sozial wichtigen Standes nehme. Möge die dauernde Durchführung der Ueberbrückung der Klassen und des Ausgleichs innerhalb unserer Gesellschaft von dem deutschen Mittelstande erreicht werden. (Lebh. Beifall.)

Nach Dr. Curtius sprach Dr. Meusch vom Reichsverband des Deutschen Handwerks über „Das Handwerk in Staat und Wirtschaft".

Am Nachmittag fand ein Festzug durch die Stadt statt, an dem etwa 4000 Personen teilnahmen.

Sitzung der großen Kommission der Exportkredit-Versicherung.

∞ **Berlin**, 23. Juli. Im Reichswirtschaftsministerium fand gestern nachmittag eine Sitzung der großen Kommission der Exportkredit-Versicherung statt. Es wurde mitgeteilt, daß von 6760 Anträgen mit einem Gesamtversicherungsbetrage von 92 Millionen Mark 3 629 Anträge zugelassen worden seien, während Anträge mit einem Rechnungsbetrage von 34,5 Millionen von den Versicherungsgesellschaften und dem Ausschuß abgelehnt werden mußten. Die große Kommission genehmigte schließlich die Verlängerung des am 31. Dezember ds. Js. ablaufenden Generalvertrages zwischen dem Reich und den Versicherungsgesellschaften bis zum 31. Dezember 1933, wobei der Abschluß von Versicherungsverträgen mit einer Auslaufzeit bis zum 31. Dezember 1936 in Aussicht genommen wurde.

Der Wiedervereinigungskongreß von Velehrad.

Von einem besonderen Mitarbeiter.

)(**Brünn**, 21. Juli.

Das Programm des unionistischen Weltkongresses für die Wiedervereinigung der Ost- und Westkirche enthält wieder hervorragende Namen, wie z. B. den des Bischofs D'Herbigny oder den des berühmten Sprachforschers Ginneken aus dem Haag. Es ist auffallend, daß unter den Themen des Kongresses das Wort „Juridismus" immer wiederkehrt. Um was geht der Streit? Die Angehörigen der Ostkirche werfen den Abendländern oft vor, daß bei ihnen die Vernunft das Herz besiegt habe, daß sie für sich selbst die Quellen des religiösen Lebens verschlossen hätten, indem sie zu viel Nationalismus und Scholastik, vor allem aber zu viel Kirchenrecht betrieben hätten. Die katholische Kirche leide an juridischer Hypertrophie. Es wird sich somit auf dem Kongreß darum handeln, zu zeigen, ob dieser Vorwurf berechtigt ist oder nicht. Bei dem Wiedervereinigungsproblem muß nämlich in Betracht gezogen werden, daß die Unterschiede zwischen Ost und West nicht nur in Glaubensgegensätzen bestehen, sondern mehr noch in der Verschiedenheit des Lebensstiles, des Weltgefühles und in der verschiedenartigen Psychologie.

Der Kongreß kann selbstverständlich nicht einmal im besten Falle eine Wiedervereinigung der Kirchen herbeiführen, denn er ist ein wissenschaftlicher Kongreß, aber kein Konzil. Es handelt sich aber darum, den Boden für die Zukunft zu bereiten. Dessen ist sich auch der Heil. Stuhl voll bewußt. Es handelt sich demnach um eine Frage von Weltformat, die nicht von heute auf morgen gelöst werden kann, denn wir stehen hier vor einem Säkularprogramm. Der Unionismus bildet eine Welt- und nicht eine Lokalfrage. Er stellt auch kein bloß slawisches Problem dar. Denn es handelt sich auch um Angehörige des syrischen, koptischen und griechischen Ritus. Auf allen diesen Gebieten gibt es Unierte und Schismatiker. Die Idee der Wiedervereinigung der Slawen im Glauben nennt man gewöhnlich die cyrillomethodäische Idee. Heuer wird diese Erinnerung besonders plastisch aufleben, denn der Kongreß steht im Zeichen des 1100. Geburtstages des heil. Cyrill. Papst Pius XI. richtete anläßlich dieses Jubiläums eine Enzyklika an die tschechoslowakischen und jugoslawischen Bischöfe, in der er des bevorstehenden Kongresses gedenkt. Diese und andere Umstände zeigen, daß Bestrebungen, wie die von Velehrad auch mit Bestrebungen der katholischen Kirche parallel laufen. Der Kongreß tritt mit den cirullo-methodäischen Bestrebungen auf das Weltforum. Es ist begreiflich, daß die unionistische Idee so eng mit dem Glaubensverkünder verknüpft ist, der zusammen mit Methodius ein Vorbild für die ersehnte Synthese von Ost und West bildet. Sie brachten das östliche Christentum nach Mähren, aber sie gehorchten der Autorität Roms, des Papstes Hadrian II.

Velehrad selbst ist ein kleiner Pilgerort in Mähren und unter den Fürsten Rostislav und Swatopluk die Hauptstadt des Groß-Mährischen Reiches. Hier soll auch Metropolit Methodius residiert haben, der hier auch starb und begraben wurde. Schon in den Jahren 1863, 1869 und 1885 gab es in Velehrad große Jubiläumsfeierlichkeiten. Jetzt ist Velehrad der Sitz der unionistischen Kongresse. Der erste Kongreß fand 1907 unter dem Vorsitz des Metropoliten Szepytzkij statt. Der zweite 1909 unter demselben Vorsitz. Der dritte Kongreß (1911) stand unter dem Vorsitz des Propstes von Kremsier, Stojan. Ueber die Kongresse werden die Acta Congressus Velehradensis erscheinen. Der vierte Kongreß wurde zunächst durch den Ausbruch des Krieges verhindert, fand aber nachher dann unter der Leitung des Olmützer Erzbischofs Dr. Pretschan und unter Beteiligung der ganzen katholischen Welt statt. Damals kam es zu der ersten großen Aussprache mit den Orthodoxen. Besonders wichtig waren die Vorschläge des Titularbischofs von Ilion, D'Herbigny, mit spezieller Sendung für Sowjetrußland.

Der Ort liegt besonders günstig, denn hier kreuzen sich die Richtungen aus dem Westen und dem Osten; dann ist es ein slawischer Ort, der besonders geeignet ist, auf die nichtkatholischen Slawen zu wirken, hier lebt neben der Tradition des hl. Wenzels auch jene der Slawenapostel, endlich gibt es in der Tschechoslowakei und zwar in Karpathorußland viele Unierte und Orthodoxe, die als Verbindungsglieder in Betracht kommen.

Spanische Kadetten gegen Primo de Rivera.

⌐ **Paris**, 24. Juli. Agenturmeldungen aus Madrid berichten über neue revolutionäre Unruhen in Spanien. Die Zöglinge der Artillerieschule in Segovia versuchten, die Bevölkerung zu bewegen, einem Wohltätigkeitsfest fernzubleiben, das zugunsten der durch die letzten schweren Gewitter in Marokko Geschädigten veranstaltet wurde. Dieses Vorgehen der Offiziersaspiranten sollte eine Protestkundgebung gegen Primo de Rivera bedeuten. Der Kriegsminister hat strenge Maßnahmen ergriffen, die auf die Ausweisung dieser Rädelsführer aus der Artillerieschule hinzielen sollen. Wie erinnerlich sein dürfte, ist auch die letzte Militärrevolte von Segovia ausgegangen, doch wurde diese vollkommen niedergeschlagen, und seitdem haben die Offiziere der Militärorganisationen Primo de Rivera den Treueid geleistet. Nach den letzten Nachrichten zu urteilen, scheint die Unzufriedenheit der Offiziere über ihre Niederlage aber noch nicht überwunden zu sein.

★

Reservistenmeuterei in Frankreich.

⨯ **Paris**, 24. Juli. Im Militärlager bei Tours kam es gestern zu Reservistenkundgebungen, wobei die Internationale gesungen wurde. Einige Reservisten gingen sogar so weit, Offiziere zu beschießen. Zwei Verhaftungen wurden vorgenommen.

Ein italienisches Dekret gegen die Landflucht.

:: **Rom**, 24. Juli. In dem Ministerrat, der in den nächsten Tagen zusammentreten wird, wird dem Lavoro d'Italia zufolge ein Dekret zur Regelung der Errichtung und des Ausbaues von Fabriken zur Vorlage kommen. Das Dekret wird u. a. auch die Errichtung neuer Fabriken mit mehr als 30 Arbeitern und die Erweiterung der bestehenden Anlagen in Großstädten und Industriezentren verbieten, um den Zufluß weiterer Arbeitskräfte in die Städte zu unterbinden.

hke, als Vertreter der
von Schubert teil.
in mit der rumänischen
k aufgestellt.

ommission der
ficherung.

eichswirtschaftsministe-
ne Sitzung der großen
rsicherung statt. Es
Anträgen mit einem
92 Millionen Mark
n seien, während An-
ge von 34,5 Millionen
en und dem Ausschuß
große Kommission ge-
rung des am 31. De-
eralvertrages zwischen
ungsgesellschaften bis
er Abschluß von Ver-
slaufzeit bis zum 31.
mmen wurde.

ungskongreß
rad.

Mitarbeiter.
(Brünn, 21. Juli.
stischen Weltkon-
ereinigung der
wieder hervorragende
s D'Herbigny oder
ers Ginneken aus
ch unter den Themen
ridismus" immer
Streit? Die Angehö-
ndländern oft vor, daß
besiegt habe, daß sie
elligiösen Lebens ver-
l Nationalismus und
iel Kirchenrecht
Kirche leide an juri-
somit auf dem Kon-
b dieser Vorwurf be-
Wiedervereinigungs-
gezogen werden, daß
West nicht nur in
ern mehr noch in der
des Weltgefühles und
gie.
dlich nicht einmal im
g der Kirchen herbei-
chaftlicher Kon-
delt sich aber darum,
retten. Dessen ist sich
Es handelt sich dem-
at, die nicht von heute
denn wir stehen hier
r Unionismus bildet
e. Er stellt auch kein
Denn es handelt sich
koptischen und grie-
bieten gibt es Uni-
er Wiedervereinigung
man gewöhnlich die
Heuer wird diese
leben, denn der Kon-
eburtstages des heil.
nläßlich dieses Jubi-
echoslowakischen und
des bevorstehenden
ere Umstände zeigen,
hrad auch mit Bestre-
llel laufen. Der Kon-
hen Bestrebungen auf
daß die unionistische
rkünder verknüpft ist,
Vorbild für die er-
bildet. Sie brachten
ren, aber sie gehorch-
es Hadrian II.
Pilgerort in Mähren
und Swatopluk die
eiches. Hier soll auch
aben, der hier auch
in den Jahren 1863,
d große Jubiläums-
ber Sitz der unioni-
reß fand 1907 unter
Szepticki statt. Der
tz. Der dritte Kon-
tz des Propstes von
esse werden die Acta
n. Der vierte Kon-
usbruch des Krieges
n unter der Leitung
etschan und unter
Welt statt. Damals
rache mit den Ortho-
e Vorschläge des Ti-
gny, mit spezieller

denn hier kreuzen sich
dem Osten; dann ist
geeignet ist, auf die
hier lebt neben der
der Slawenapostel,
ei und zwar in Kar-
hodoze, die als Ver-

egen Primo

ungen aus Madrid
näre Unruhen
e der Artille-
en, die Bevölkerung
t fernzubleiben, das
weren Gewitter in
urde. Dieses Vor-
te eine Protest-
de Rivera be-
enge Maßnah-
weisung dieser Rä-
inzielen sollen. Wie
letzte Militärrevolte
urde diese vollkom-
haben die Offiziere
Rivera den Treu-
richten zu urteilen,
iere über ihre Nie-
en zu sein.

rankreich.

litärlager bei
bistenkundge-
e gesungen wurde.
weit, Offiziere
ngen wurden vor-

die Landflucht.

sterrat, der in den
wird dem Lavoro
Regelung der
nes von Fa-
Dekret wird u. a.
mit mehr als 30
estehenden Anlagen
verbieten, um den
Städte zu unter-

Eine Hindenburg- und eine Friedrich-Ebert-Marke.

Die neue Achtpfennigmarke erhält den Beethovenkopf.

— Berlin, 23. Juli. Der Verwaltungsrat der Reichspost erledigte heute nachmittag die noch übrigen Gebührenerhöhungen, die der Reichspostminister beantragt hatte. Für Rohrpostsendungen soll nach den Beschlüssen des Verwaltungsrates die Gebühr für eine gewöhnliche Sendung gleicher Art erhoben werden, ferner ein Zuschlag von 10 Pfennig für die Beförderung mit der Rohrpost und im Inlandsverkehr die Eilzustellgebühr. Die Postscheckgebühren wurden entsprechend den Vorschlägen des Arbeitsausschusses des Verwaltungsrates angenommen. Es soll also kosten ein Auszahlung bis 10 ℳ 10 Pfg., bis 25 ℳ 15 Pfg., bis 100 ℳ 20 Pfg. usw., über 2000 ℳ 100 Pfg. Die Beförderung der Postscheckbriefe, die bisher gebührenfrei war, soll fünf Pfennig kosten; die beantragte Gebühr von fünf Pfg. für die Ausfertigung eines Kontoauszuges wurde jedoch vom Verwaltungsrat gestrichen. Die Telegraphengebühren wurden in allen Punkten unverändert nach den Vorschlägen des Arbeitsausschusses genehmigt. Gewöhnliche Inlandstelegramme kosten daher im Ortsverkehr 8 Pfennig, im Fernverkehr 15 Pfennig für das Wort, dringende Telegramme die dreifache Gebühr.

Die in der Vorlage vorgesehene Einrichtung, beim Verkauf durch Wertzeichengeber (Automaten) eine 8 Pfg.-Karte für 10 Pfg. abzugeben, ist beseitigt worden. Es sollen Vorkehrungen getroffen werden, um auch durch Automaten die 8 Pfg.-Marken zum Nennwert abzugeben.

Die neuen Gebühren treten am 1. August, diejenigen für Paket- und Zeitungsbeförderung am 1. Oktober in Kraft. Damit ist die Gebührenvorlage erledigt.

Zum Schluß der Beratung wurde in Uebereinstimmung mit der Versammlung die in der Oeffentlichkeit durch die Presse gemachte Unterstellung, daß sich einzelne Mitglieder des Verwaltungsrats durch Abhängigkeit gegenüber der Postverwaltung oder persönliche Sonderinteressen hätten leiten lassen, zurückgewiesen.

Die Annahme der neuen Postgebühren erfolgte in der Gesamtabstimmung gegen die sieben Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten und der Wirtschaftlichen Vereinigung, des preußischen Regierungsvertreters und eines Personalvertreters angenommen.

Nach Mitteilungen des Staatssekretärs Sauter sollen in einem Nachtragshaushalt fünf Millionen für Unterstützung der Postbeamten, namentlich der unteren Gruppen, angefordert werden. Die Auszahlung soll aber schon jetzt beginnen. Zum Geburtstag des Reichspräsidenten sollen Wohlfahrtsmarken mit dem Bilde Hindenburgs und Postkarten mit dem Bilde des Präsidentenpalastes herauskommen. Der Verwaltungsrat genehmigte noch den Beschluß, auch eine Friedrich-Ebert-Marke zu schaffen. Die neue Achtpfennigmarke soll nicht, wie die Deutschnationalen wünschten, das Fridericusgesicht tragen, sondern das Bild Beethovens.

Vorläufiges Ergebnis der Reichswohnungszählung.

:: **Berlin, 24. Juli.** Der Amtliche Preußische Pressedienst meldet: Durch Reichsgesetz vom 2. März d. J. wurde für den 16. Mai die Vornahme einer Reichswohnungszählung angeordnet. Sie wurde in Preußen in sämtlichen Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern und in einer Auswahl kleinerer, insgesamt in 3187 Gemeinden durchgeführt. Die Wohnungszählung sollte insbesondere über das Zusammenleben mehrerer Familien und Haushaltungen in einer Wohnung Aufschluß bringen. Ihre Ergebnisse sollen Anhaltspunkte für die Feststellung der Zahl der fehlenden Wohnungen liefern. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst einer vorläufigen Uebersicht der statistischen Korrespondenz entnimmt, betrug die Wohnbevölkerung Berlins nach dem endgültigen Ergebnis der Volkszählung 1925 unter Berücksichtigung der kommunalen Veränderungen bis zum 16. Mai d. J. 4 024 165. Bewohnte Wohnungen waren insgesamt 1 212 491 vorhanden. Von leerstehenden Wohnungen waren noch oder bereits vermietet 1296, 1673 standen zur Verfügung des Wohnungsamtes, 214 waren baufällig, 790 waren aus sonstigen Gründen nicht vermietet. Haushaltungen wurden insgesamt gezählt 1 301 638, davon zweite und weitere Haushaltungen 89 147. Diese Haushaltungen sind diejenigen, die zwar eine selbständige Hauswirtschaft führen, aber keine eigene Wohnung haben, sondern die Wohnung anderer Haushaltungen teilen.

Bei einem anderen Bearbeitungsgang sind ferner außer den „zweiten und weiteren Haushaltungen" die bei der Zählung festgestellten „weiteren Familien" gezählt worden. Das sind diejenigen, die ebenfalls keine eigene Wohnung haben, aber auch keine eigene Hauswirtschaft führen, sondern Wohnung und Haushalt anderer teilen, also z. B. Eltern, die mit ihren verheirateten Kindern zusammenleben. Die Zahl dieser „weiteren Familien" betrug in Hannover 3079, in Gelsenkirchen 703, in Hamborn 367, in Münster 312, in Bochum 1012 und in Erfurt 1098.

Die Uebersichten über die Zahl der leerstehenden Wohnungen wurden, um gleichzeitig ihre tatsächliche Bedeutung für den Wohnungsmarkt klarzustellen, soweit als möglich nach den Gründen des Leerstehens gegeben. Diese Aufgliederung zeigt zahlenmäßig, was man von vornherein vermuten konnte: daß nämlich trotz der Neubautätigkeit und trotz z. Zt. sehr hoher Mieten für Neubauwohnungen von einem irgendwie nennenswerten Leerbestand in diesen Städten nicht gesprochen werden kann.

Die Besatzungsziffern.

× **Berlin, 24. Juli.** Nachdem vor kurzem im englischen Unterhaus die Besatzungsziffern mitgeteilt worden sind, sind nunmehr auch von deutscher Seite Besatzungsziffern veröffentlicht worden, die auf deutschen Schätzungen beruhen. Danach standen im Frühjahr 1927 am Rhein 60 673 Franzosen, 6716 Belgier, 8088 Engländer, insgesamt 75 477 Mann. Die Gesamtstärke der früheren deutschen Garnisonen betrug in dem Gebiet der zweiten und dritten Zone zusammen 50 907, davon entfielen auf das Gebiet der zweiten Zone 13 337 (jetzt 19 779 fremde Truppen), auf das Gebiet der dritten Zone 37 570 (jetzt 55 698 fremde Truppen).

In der zweiten und dritten Zone verteilen sich diese Truppen auf 115 alliierte Garnisonen gegenüber 26 deutschen Friedensgarnisonen in demselben Gebiet. Unter den alliierten Truppen befinden sich 8646 Besatzungsfamilien. Die Zahl der beschlagnahmten Wohnungen betrug zuletzt 9246, darunter sind 4492 Bürgerwohnungen. Hinzu kommen noch 2434 Einzelzimmer. Außer diesen zu Wohnzwecken beschlagnahmten Räumen sind noch für Diensträume, Verwaltungsgebäude und ähnliche Zwecke beschlagnahmt: 288 Reichs- und landeseigene Baulichkeiten ganz, sowie 46 Baulichkeiten teilweise. Dazu kommt noch die völlige Beschlagnahme von elf Baulichkeiten der Kommunalverbände und Gemeinden und von 35 Baulichkeiten, die teilweise beschlagnahmt sind. 17 private Gebäude sind ganz und 42 teilweise beschlagnahmt. (17 Schulen sind ganz und 15 teilweise beschlagnahmt.) Außerdem mußte für die Unterbringung der Truppen natürlich eine große Anzahl von Kasernen zur Verfügung gestellt und errichtet werden.

Vernichtung einer Schachtanlage durch Wassereinbruch.

6 Tote?

)!(**Essen, 24. Juli.** Der in der Nähe des Lippe-Seiten-Kanals gelegene eben fertig gestellte Schacht III der Zeche Auguste Viktoria in Hüls ist heute vormittag durch Wassereinbruch mit sämtlichen Tagesbauten vollständig zerstört worden. Alle Anlagen sind in einem Krater von etwa 200 Meter Durchmesser verschwunden. Die Nachtschicht von 15 Mann konnte sich im letzten Augenblick vor dem Zusammensturz aus dem Schacht retten. Die über Tage befindliche Belegschaft von 30 Mann entging nur durch schleunige Flucht dem Tode.

Die Schachtanlagen I und II der gleichen Zeche, die mit Schacht III durch einen Querschlag in Verbindung stehen, sind schwer in Mitleidenschaft gezogen. Ein Pferdejunge auf der 3. Sohle wird wahrscheinlich ums Leben gekommen sein. Ein Steiger und 4 Mann, die nach Bekanntwerden des Unglücks versuchten, in die 3. Sohle vorzudringen, um den Einbruch zu dämmen, sind vom Wasser überrascht und abgeschnitten worden. Man hofft, daß sie sich haben retten können. Die Rettungsarbeiten sind sofort aufgenommen worden.

★

Der amtliche Bericht.

Das Oberbergamt Dortmund teilt Sonntag abend mit: Am Sonntag Morgen ist auf der Zeche Auguste Viktoria bei Recklinghausen der neu abgeteufte Schacht III zusammengestürzt. Die dabei freigewordenen Wasser- und Schlammassen sind in die Strecken nach der Förderanlage I/II gebrochen und haben 5 Leute, die etwa 1500 Meter von Schacht III arbeiteten, überrascht. Es besteht wenig Hoffnung, daß die Leute am Leben geblieben sind. Die Rettungsarbeiten sind im Gange. Schacht III war 800 Meter tief. Er stand in den oberen 200 Metern im Tübbingausbau. Der Zusammensturz ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß die Tübbingsäule plötzlich aus bisher unbekannter Ursache gebrochen ist und darauf die oberen Fließsandschichten in den Schacht hinein geflossen sind.

★

Weitere Einzelheiten.

× **Essen, 24. Juli.** Zu dem Zusammenbruch des Schachtes III der Zeche Auguste Viktoria in Hüls erfahren wir weiter: Der neue Schacht ist 800 Meter tief. Die mit den Schachtausbauarbeiten beschäftigte Nachtschicht von 15 Mann bemerkte gegen Ende der Schichtzeit starke Feuchtigkeit in den Anlagen, die sie zunächst auf ein Unwetter zurückführten, weshalb sie nicht ausfuhren. Plötzlich hörten sie unter sich gewaltiges Krachen; sie eilten schleunigst zum Förderkorb und ließen sich rasch zu Tage fördern. Hierbei stellten sie fest, daß in etwa 200 Meter Tiefe durch Bruch der Tübbings ein Wassereinbruch erfolgt war. Die Nachtschicht, sowie die ganze Belegschaft über Tage von etwa 30 Personen verließen fluchtartig die Anlagen, die innerhalb einer Viertelstunde unter lautem Getöse vollständig zusammenstürzten und in einem Krater von etwa 200 Meter Durchmesser versanken. Von dem Förderkorb, dem Maschinenhaus und den sonstigen Uebertageanlagen ist nichts mehr vorhanden. Alles bildet ein wüstes Chaos, ein Gewirr von Eisen- und Maschinenteilen, Mauerresten und Wassertümpeln. Zwei in der Nähe gelegene Beamtenwohnungen mußten schleunigst geräumt werden, da die Ränder des Kraters dauernd nachstürzten und sich in den Mauern der beiden Häuser bereits Risse zeigten. Die Unglücksstelle ist in einem Umkreis von 1 km durch ein starkes Polizeiaufgebot abgesperrt, da das Betreten mit Lebensgefahr verbunden ist.

Das Wasser ist von Schacht III durch einen Querschlag in die älteren Schächte I und II eingedrungen und hat zunächst die 3. Sohle unter Wasser gesetzt. Ueber das Schicksal des dort befindlichen Pferdejungen ist bis 6 Uhr abends noch nichts bekannt. Die in der 3. Sohle befindlichen Maschinen, Bohrhämmer, Förderanlagen usw. gelten als verloren. Bis gegen 9½ Uhr stieg das Wasser weiter zur 2. Sohle, setzte sie ½ bis 1 Meter unter Wasser und schnitt dabei die 5 Bergleute, die das Wasser eindämmen wollten, ab. Auch über ihr Schicksal ist bis zur Stunde noch nichts bekannt. Die dortige Bevölkerung ist in starker Erregung. Oberbergrat Meier und Bergrat Wiesmann sind von der Bergbehörde zur Unglücksstelle entsandt worden.

:-: **Essen, 24. Juli.** Wie wir von der Zeche Auguste Viktoria um 19 Uhr hören, hat sich das heutige Unglück gegen 7 Uhr ereignet. Die Verbindungsstrecke von Schacht III nach den Schachtanlagen I und II hat sich von selbst durch Sand und Steine zugestopft. Die noch in der Grube befindlichen Leute konnten bisher nicht gerettet werden, doch ist man dabei, zu ihnen vorzudringen.

Kinder, die den Thron besteigen.

Kinder als Könige. — Ein kindlicher Kaiser in den Kasematten einer Festung. — Kinder, die die größten Monarchen wurden.

In Rumänien hat ein fünfjähriges Kind als Michael I. den Thron bestiegen. Noch sind die Verhältnisse nicht endgültig geklärt und der Thron dieses Kindes steht nicht unerschütterlich fest wie ein Felsen. Sowohl der augenblickliche König von Spanien, als auch die Königin von Holland kamen bereits als Kinder auf den Thron. Sie haben bei erreichter Volljährigkeit auch die Macht übernommen, ohne daß sie ihnen von irgend einem Anwärter streitig gemacht worden war. Ein Kind, das sofort bei der Geburt die Königswürde erhielt, war der Sohn Napoleons I., der bekanntlich von seinem Vater den Titel eines Königs von Rom erhielt, der ihm allerdings wenig nützte. Nach dem Sturze des Vaters mußte er auch wieder von den Stufen des neugeschaffenen Thrones heruntersteigen. Er kam nach Wien an den Hof seines Großvaters, wo er sehr wenig königlich behandelt wurde, obwohl er als Sohn der Marie Louise dem kaiserlich-österreichischen Hause entstammte. Er lebte in einer Art ehrenvoller Gefangenschaft.

Wenig ehrenvoll und viel härter war die Gefangenschaft eines anderen Kaisers, der das Glück oder Unglück gehabt hat, bereits im kindlichen Alter die schwere Würde eines russischen Kaisers tragen zu müssen. Es handelt sich um den jungen Zaren Iwan VI., dem Sohn des Herzogs Anton-Ulrich von Braunschweig-Bevern und der russischen Großfürstin Anna Leopoldowna. Er wurde von der Kaiserin Elisabeth in Riga, Dünamünde, Cholmogory und Schlüsselburg gefangengehalten. Hier lebte er in völliger Einsamkeit, ohne die geringste Bildung zu erlangen und ohne mit Menschen, außer den Gefängniswärtern, in Berührung zu kommen. Darunter litt allmählich sein Geist. Als ihn in späteren Jahren Katharina II. zu sehen wünschte, hatte sie einen geistig und körperlich verfallenen Menschen vor sich. Trotzdem blieb er stets der Gegenstand der Unruhe der russischen Machthaber und erst sein Tod erlöste sie von dem ewigen Schrecken, da es in Rußland immer mächtige Personen gab, die an einer Umwälzung das größte Interesse hatten und einen Herrscher gegen den anderen ausspielen wollten.

Noch von zwei anderen Herrschern sei die Rede, die auch fast im Knabenalter den Thron bestiegen und trotz ihrer Jugend zu den größten Monarchen aller Zeiten gerechnet werden müssen, nämlich von Alexander dem Großen und Karl III. von Schweden, deren Leben und Wirken viel Aehnlichkeit aufweist. Beide kamen fast noch als Knaben auf den Thron und zeigten trotz eines Alters, in dem andere Jünglinge die ersten Gehversuche im Leben machen, eine Selbständigkeit der Persönlichkeit, eine Unbeugsamkeit des Charakters und eine Größe des Geistes, daß sie eine Welt in Bewunderung und Erstaunen versetzten. Es waren geborene Könige und Feldherren, denn durch ihre Siege erbrachten sie den Beweis, daß die Jahre für die Thronbesteigung nicht ausschlaggebend sind. Im allgemeinen ist die Erreichung eines bestimmten Lebensalters für die Volljährigkeitserklärung junger Könige vorgesehen. Zugleich mit dieser Erklärung übernehmen sie dann von dem Regenten oder Regentschaftsrat die selbständige Leitung der Regierung. Vorher sind sie zwar gekrönte Inhaber des Thrones, aber nicht Besitzer und Ausüber der königlichen Gewalt, die in ihrem Namen gehandhabt wird.

Soziales.

Die Arbeitsgemeinschaft westdeutscher Innungskrankenkassen gegen die Selbstabgabe.

Am 16. Juli fand in Mülheim an der Ruhr eine Sitzung der Arbeitsgemeinschaft westdeutscher Innungskrankenkassen statt, bei der im Vordergrunde der Verhandlungen die Frage der Selbstabgabe der Krankenkassen stand. Die in der letzten Zeit von dem Abgeordneten Ziegler in mehreren Vorträgen aufgestellte Behauptung, daß auch die Innungskrankenkassen selbst nicht Gegner der vom Handwerk so stark bekämpften Selbstabgabe der Krankenkassen seien, wurde von der Versammlung energisch zurückgewiesen. Einmütig steht die Arbeitsgemeinschaft auf dem Standpunkt, daß die Selbstabgabe bedingungslos in jeder Form abzulehnen sei. Nachdem noch verschiedene Punkte über die im August stattfindende Tagung des Hauptverbandes besprochen waren, berichtete Dr. Kahmann über die bislang vom Unterverband Osnabrück geführten Verhandlungen wegen eines Abkommens der Krankenkassen mit den Badeverwaltungen. Die Versammlung beauftragte die Geschäftsführung der Arbeitsgemeinschaft, die Verhandlungen weiter zu führen, um so noch in diesem Jahre zum Abschluß von Verträgen mit den Badeverwaltungen zu gelangen. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde die Frage der Verwaltungsreform bei den Innungskrankenkassen eingegend behandelt. Auch der Westdeutsche Handwerkskammertag schließt sich der Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft westdeutscher Innungskrankenkassen zur Frage der Selbstabgabe voll und ganz an.

Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches für die Kölner Metallindustrie.

◆ **Köln, 23. Juli.** Der für die Kölner Metallindustrie ergangene Schiedsspruch zur Neuregelung der Arbeitszeit und Festsetzung der Zuschläge für Mehrarbeit und Ueberstunden, der von beiden Parteien abgelehnt worden war, ist heute vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt worden.

Streik in den Berliner Eisenkonstruktionsbetrieben.

(!) **Berlin, 23. Juli.** Entsprechend dem Beschlusse der am Freitag gewählten Streikleitung ist heute früh die Arbeit in den Großberliner Eisenkonstruktionsbetrieben niedergelegt worden. Wie wir hören, ist der Streikparole fast ausnahmslos Folge geleistet worden.

Vermischte Nachrichten.

Neue Unterschlagungen beim Berliner Bezirksamt Kreuzberg.

× **Berlin, 23. Juli.** Umfangreichen Unterschlagungen ist man in diesen Tagen bei dem Bezirksamt Kreuzberg auf die Spur gekommen. Der dort beschäftigte Kommissions-Vorsteher des Wohlfahrtsamtes Hähnel und sein Kollege Hensel haben durch fortgesetzte Betrügereien den Berliner Magistrat um über 10 000 Mark geschädigt. Gegenwärtig beschäftigt sich die Staatsanwaltschaft mit der weiteren Untersuchung der Betrügereien. Es ist damit zu rechnen, daß die Summe der veruntreuten Beträge sich noch erhöht. Zu wiederholten Malen wurde über Veruntreuungen ehrenamtlich beschäftigter Beamten berichtet. Vor allem waren es Kommissionsvorsteher von Wohlfahrtsämtern, die in mehreren Fällen durch vorgetäuschte Raubüberfälle die begangenen Unterschlagungen von amtlichen Geldern vertuschen wollten. Nicht weniger als zwölf Fälle beschäftigen gegenwärtig die Staatsanwaltschaft.

Neuer deutscher Ozeanflug-Kandidat.

-:- **Berlin, 23. Juli.** Wie von der Flugzeugfabrik Focke Wulf mitgeteilt wird, beabsichtigt der Pilot Andritzki Ende Dezember mit einer Maschine ihrer Fabrik zu einem Fluge nach Amerika zu starten.

Dammrutsch bei Jädickendorf.

◇ **Jädickendorf, 23. Juli.** Heute früh 8,15 Uhr ist auf dem Kreuzungsbahnhof Jädickendorf infolge starken Regens ein Eisenbahndammrutsch eingetreten. Die Rutschstelle ist etwa 30 Meter lang und befindet sich an einer moorigen Stelle. Vier Wagen eines rangierenden Güterzuges stürzten die etwa 10 bis 14 Meter hohe Böschung hinab. Für den Personenverkehr wurde ein Pendelverkehr eingerichtet. Der D-Zug 135 mußte heute ausfallen. Der Güterverkehr wird umgeleitet. (Jädickendorf liegt in der Uckermark.)

Das Hochwasser in Peitz.

◆ **Peitz, 23. Juli.** Das Hochwasser ist weiter gestiegen. Der Wasserstand ist bereits 35 cm höher als beim Hochwasser im Jahre 1926. Viele Wohnungen werden geräumt. Das Vieh wird größtenteils fortgetrieben. Ein über 500 Meter langer Abflußgraben von den Deichen ist unter schwierigen Verhältnissen fertiggestellt worden. Ein Durchbruch der Deiche ist anscheinend nicht mehr zu befürchten. Die Kartoffel- und Roggenernte ist völlig vernichtet. (Peitz liegt nordöstlich von Cottbus an einem Nebenfluß der Spree.)

Werkbund-Ausstellung „Die Wohnung".

:: **Stuttgart, 23. Juli.** Heute vormittag wurde hier die große Werkbund-Ausstellung „Die Wohnung" Stuttgart 1927 eröffnet. Unter den Ehrengästen befanden sich die gesamte württembergische Regierung, Vertreter von Behörden des Reichs, des Landes, der Städte und Gemeinden, Reichs- und Landtagsabgeordnete.

Enthüllung eines Beethovendenkmals in Paris.

◆ **Paris, 24. Juli.** Durch Unterrichtsminister Herriot wurde gestern nachmittag das im Park von Vincennes errichtete Beethovendenkmal eingeweiht. Es handelt sich um ein vor vielen Jahren begonnenes Denkmal, das sein Schöpfer, José de Charmoy, nicht vollenden konnte, und das jetzt aus Anlaß der Beethovenzentenarfeier unter der Aegide eines Komitees, an dessen Spitze der Komponist Gustave Charpentier steht, fertiggestellt wurde. Die liegende Figur Beethovens ruht auf einem massiven, von vier Musen getragenen Sockel.

Der gestaute Schnapsgiftstrom.

Vor längerer Zeit wurde aus Haltern und anderen Orten Westfalens gemeldet, daß dort infolge Alkoholgenusses Personen erkrankten, erblindeten, starben. Das Getränk enthielt Methylgift, die Bezugsquelle entströmte der mittelbadischen Landschaft Ortenau. In der Kreishauptstadt Offenburg befand sich eine Sprithandlung, Eigentum des Julius Bruchsaler, der einen großen Verkauf seiner Methyl-Alkohol-Vorräte auch nach Norddeutschland hatte. Zu Juhnde im Kreise Hannover saß der Abnehmer Hermann Bete; durch dessen Vermittlung gelangten große Mengen dieses vergifteten Alkohols (Methanol) in die Branntweinhandlungen seiner großen Kundschaft. Die Haussuchung bei Julius Bruchsaler stellte die erschreckende Tatsache fest. Fieberhaft arbeiteten die Behörden mit der telegraphischen Verwarnung vor dem Genuß dieser badischen Schnäpse, um Allerschlimmstes zu vermeiden. Waren doch aus dem Offenburger Lager innerhalb sechs Monaten 14 600 Kilogramm Methylalkohol zum Weiterverkauf angeboten worden, in den badischen Amtsbezirken Achern und Kehl etwa 11 500 abgesetzt an Branntweinhändler unter der Anpreisung, daß sich dieser hochprozeitige Sprit zur Herstellung einer vorzüglichen Mischung zwecks Erhöhung des Alkoholgehaltes eigne. So gelangte das Teufelszeug unter den euphemistischen Bezeichnungen Kornbranntwein, Obstbranntwein, Doppelkorn in die Verkaufsstellen. Von Dortmund erwarb der Kaufmann P. in Marl von dem genannten Hermann Bete Mengen dieses „Mais-Branntweins", vermischte ihn mit eigenem Kornsprit und brachte diese Mischung zum Absatz im kleinen Weiterverkauf.

Der Händler F. Josef Braun in Achern (Baden) brachte Sprit aus den gleichen Quellen in den Handel; von dem Genuß fielen anfangs 1926 die ersten Opfer in Westfalen. Es folgten Todesfälle im badischen Amte Kehl. Bald überschritt die Zahl der Gestorbenen ein Dutzend, in Westfalen starben elf, viele Leute erkrankten, zumeist trat Erblindung ein.

Auf der Anklagebank des Landgerichts Offenburg sitzen nun Hermann Bete aus Juhnde wegen schwerer Körperverletzung, zum Teil mit Todeserfolg, Vergehen gegen das Nahrungsmittelgesetz, F. J. Braun aus Achern wegen fahrlässiger Tötung. Der Hauptangeklagte Julius Bruchsaler befindet sich noch in der psychiatrischen Klinik in Freiburg und ist nicht verhandlungsfähig. Eine große Zahl Zeugen und Sachverständige sind geladen. Die Verhandlung wird einen Zeitraum von drei Tagen beanspruchen.

Wie der Film zur Großmacht wurde.

Das erste Filmatelier. — Von der kleinen Firma zum Riesenkonzern. — Die Geschichte der amerikanischen Filmgesellschaften.

Es sind kaum 25 Jahre her, daß der Film in den ersten Anfängen der Entwicklung stand und nur auf Jahrmärkten und in kleinen Vorstadtläden einem anspruchslosen Publikum vorgeführt wurde. Paul Davidson war der erste, der mit scharfem Blick die große Zukunft des Films erkannte und die ersten Schritte tat, um aus dem unbeachteten Erzeugnis ein Riesenunternehmen zu schaffen. Als er im Jahre 1903 in Frankfurt a. M. die „Allgemeine Kinematographengesellschaft" gründete, schwebte ihm bereits der Plan vor, durch Errichtung guter Lichtspieltheater dem Film auch einen äußeren Rahmen zu geben, nachdem er durch die Auslese erstklassiger Künstler dafür gesorgt hatte, daß der Inhalt des Films auch den geistigen und künstlerischen Ansprüchen gebildeter Kreise angepaßt wurde. Die kleine „Allgemeine Kinematographengesellschaft" hatte zu der Zukunft des Films Vertrauen und baute Theater in allen größeren Städten, darunter im Jahre 1907 bereits das erste große Filmtheater in Berlin. Da sich der Gedanke als geschäftlich wertvoll erwiesen hatte, wurde die Gesellschaft bereits 5 Jahre später zu der ersten großen deutschen Filmgesellschaft erweitert, die bereits über ein Kapital von 500 000 Mk. verfügte und als „Projektions A.-G. Union" in Deutschland führend wurde.

Noch hatte man den Anforderungen der Photographie und der Filmherstellung nicht in großem Umfange Rechnung getragen und es wirkte daher wie eine Verschwendung, als im Jahre 1912 von der „Union" das erste Filmatelier im Tempelhof errichtet wurde, das mit einem für damalige Verhältnisse großem Aufwand für die technischen Hilfsmittel des Films Sorge trug. Daneben wurde der Bau von großen Filmtheatern weiter durchgeführt, deren Zahl bereits im Kriege 56 erreichte, und die als „U. T.-Theater" in ganz Deutschland bekannt wurden. Dadurch hatte der Film gewissermaßen eine gesellschaftliche Geltung erhalten, die ihm bisher gefehlt hatte. Die Uraufführungen wurden gesellschaftliche Ereignisse, die einen großen geschäftlichen Gewinn versprachen und darum auch bei den Kapitalisten die Neigung erweckten, an dem Gedeihen dieser neuen Industrie mitzuverdienen. Die Großbanken beteiligten sich mit großen Summen und im Jahre 1918 wurde mit Unterstützung der Regierung die „Ufa" gegründet, die aus der „Union" entstand und einen Riesen-Film-Konzern darstellte. So wuchs die kleine „Kinematographengesellschaft" zu einer ungeheuren Industrie an, die über Hunderte von Millionen Mark verfügt und zu einem der größten Unternehmen Deutschlands wurde.

Aehnlich war die Entwicklung des amerikanischen Films. Hier waren im Jahre 1905, als Davidson seine Filmgesellschaft gründete, Adolf Zucker, der Präsident der „Famous Players Lasky", die heute über ein Kapital von 150 Millionen Dollars verfügt, und William Fox, die Begründer der größten amerikanischen Filmgesellschaften, gerade dabei, in verschiedenen amerikanischen Städten die ersten Wandelbilder auf offener Straße oder in kleinen Läden vorzuführen. Auch hier hat der Film sich in kurzer Zeit den Markt erobert und schon nach wenigen Jahren konnte Fox seine „Fox-Film-Corporation" mit einem Kapital von 25 Millionen Dollar begründen. Neben ihm wuchsen die Filmgesellschaften von Zuckor, sowie die „First National", die „Metro-Goldwyn" und die „Paramount-Film" zu ungeheurer Größe, wobei die Entwicklung des deutschen Films in den Vorkriegsjahren anregend auf die Amerikaner wirkte. 1906 gründete Zuckor das erste Film-Theater. Heute besitzen die amerikanischen Filmgesellschaften ein Kapital von fast zwei Milliarden Dollar. Die große deutsche Filmindustrie und die große amerikanische vereinigten sich in der Nachkriegszeit in mannigfachen Uebereinkommen zu gemeinsamer geschäftlicher Tätigkeit, wie z. B. in der „Parufamet", in der deutsche und amerikanische Firmen vertreten sind. So wurde aus den kleinen Wandelbildern eine Großmacht, die den ganzen Erdteil umschlingt.

Vor den Meisterschaftsspielen im Westfalenbezirk.

Die Terminliste der 1. Bezirksklasse

Münster, 24. Juli.

Nur noch drei Wochen trennen die Sportvereine Westfalens von dem Wiederbeginn der Meisterschaftsspiele. Am 14. August kann der Tanz um die Punkte wieder beginnen. Der Westfalenbezirk hat in dieser Spielserie eine andere Einteilung erfahren. Das Hauptgewicht liegt diesmal in der Westgruppe, wo Osnabrück 06, V. f. L. Osnabrück, Sparta Nordhorn, Borussia Rheine, Greven 09, Preußen und Münster 08 und die Hammer Spielvereinigung um den Titel kämpfen. In der Ostgruppe haben sich Arminia Bielefeld, V. f. B. Bielefeld, Lippstadt, Herford, Westfalia Ahlen, Viktoria Recklinghausen, Westfalia Scherlebeck und Sp. Vgg. Herten zusammengetan. In der Ostgruppe ist mit der Nennung des Namens Arminia mit größter Wahrscheinlichkeit der Meister genannt. V. f. B. Bielefeld dürfte noch Anspruch darauf haben, ihm Konkurrenz zu machen. In der Westgruppe muß man schon raten. Immerhin wird man recht haben, wenn sich aus der Gruppe: Borussia Rheine, Hammer Sp. Vgg., Preußen Münster und Osnabrück 06 der Meister herausschält. Diese vier Vereine sind sich gleichwertig. Wer von ihnen zuerst in Form kommt, dürfte das Rennen machen. Der Abstand der Einzelnen wird nur knapp sein. Sparta Nordhorn reicht an diese Klasse nicht ganz heran, und V. f. L. Osnabrück leidet an Spielermangel. Man kann nur eines wiederholen: Die Entscheidung wird hart umkämpft sein. Die Besucherzahlen im Westkreis dürften sich heben.

*

Westkreis.

14. August: Osnabrück 06 — Greven 09, Münster 08 — Sparta Nordhorn, Borussia Rheine — V. f. L. Osnabrück.

21. August: Greven 09 — Preußen Münster, Sparta Nordhorn — Osnabrück 06, V. f. L. Osnabrück — Hammer Spielvereinigung.

28. August: Preußen Münster — Sparta Nordhorn, Borussia Rheine — Münster 08.

4. September: Preußen Münster — Münster 08, Sparta Nordhorn — Greven 09, Osnabrück 06 — Borussia Rheine.

11. September: Greven 09 — V. f. L. Osnabrück, Hammer Spielvereinigung — Borussia Rheine.

18. September: V. f. L. Osnabrück — Preußen Münster, Borussia Rheine — Greven 09, Münster 08 — Osnabrück 06, Hammer Spielvereinigung — Sparta Nordhorn.

25. September: Preußen Münster — Hammer Spielvereinigung, V. f. L. Osnabrück — Sparta Nordhorn, Münster 08 — Greven 09.

2. Oktober: Preußen Münster — Borussia Rhein, Greven 09 — Hammer Spielvereinigung, Osnabrück 06 — V. f. L. Osnabrück.

9. Oktober: Osnabrück 06 — Preußen Münster, Hammer Spielvereinigung — Münster 08, Sparta Nordhorn — Borussia Rheine.

16. Oktober: Osnabrück 06 — Hammer Spielvereinigung, Münster 08 — V. f. L. Osnabrück.

*

Ostkreis:

14. August: Viktoria Recklinghausen — Teutonia Lippstadt, Union Herford — Herten, Westfalia Scherlebeck — Westfalia Ahlen.

21. August: Herten — V. f. B. Bielefeld, Arminia Bielefeld — Westfalia Scherlebeck, Westfalia Ahlen — Viktoria Recklinghausen.

28. August: Teutonia Lippstadt — Union Herford, V. f. B. Bielefeld — Westfalia Ahlen, Viktoria Recklinghausen — Herten.

4. September: Arminia Bielefeld — Teutonia Lippstadt, Union Herford — V. f. B. Bielefeld.

11. September: Herten — Arminia Bielefeld, Teutonia Lippstadt — Westfalia Scherlebeck, Westfalia Ahlen — Union Herford, V. f. B. Bielefeld — Viktoria Recklinghausen.

18. September: Herten — Teutonia Lippstadt, Westfalia Scherlebeck — Viktoria Recklinghausen.

25. September: Westfalia Scherlebeck — Herten, Arminia Bielefeld — V. f. B. Bielefeld, Viktoria Recklinghausen — Union Herford.

2. Oktober: Teutonia Lippstadt — V. f. B. Bielefeld, Union Herford — Arminia Bielefeld, Westfalia Ahlen — Herten.

9. Oktober: Westfalia Ahlen — Teutonia Lippstadt, Union Herford — Westfalia Scherlebeck.

16. Oktober: Viktoria Recklinghausen — Arminia Bielefeld, V. f. B. Bielefeld — Westfalia Scherlebeck.

23. Oktober: Arminia Bielefeld — Westfalia Ahlen.

Probegalopp in Osnabrück.

Osnabrück 06 — Preußen Münster 3:1 (2:1).

‡ **Osnabrück,** 23. Juli.

Ohne seine Hauptstützen Pesch im Tor und Spieß als Mittelläufer lieferte Preußen Münster am Samstag den Osnabrückern ein zu wiederholendes Meisterschaftsspiel, das durch seinen Ausgang inoffiziell noch eine Korrektur der Tabelle brachte. Die Osnabrücker haben sich durch ihren Sieg mit einem Punkt Vorsprung an die zweite Stelle der Tabelle gesetzt. Die Preußen verloren das Spiel durch teilweises Versagen der Hintermannschaft. Thurn im Tor zeigte zwar sein Bestes, ließ aber zwei haltbare Bälle passieren. Dirksmeier konnte nicht an seine zuletzt gezeigte Form anknüpfen, während Rohrkötter auf dem Drehpunkt der Mannschaft wohl rastlos arbeitete, aber in seinem Aufbauspiel viele Mängel offenbarte. Der Sturm scheiterte an der überragenden Abwehrarbeit der Osnabrücker Hintermannschaft. Frankenberg und Schneider lieferten eine überragende Partie, wenn ihnen auch vielfach das Glück zur Seite stand.

Das Spiel war hart, überschritt sogar öfter die Grenzen des Erlaubten. Pötting (Bielefeld) war aber der Lage gewachsen und leitete das Spiel sicher zu Ende.

Die Osnabrücker attakierten das Preußentor von der linken Sturmseite aus, von der auch zwei Tore fielen. Sauer schaffte nach dem ersten Tor den Ausgleich, aber bis zur Pause waren die Gäste 2:1 geschlagen. Die Osnabrücker waren in dieser Spielperiode deutlich überlegen. Umgekehrt in der Schlußhälfte. Preußen dominierte, mußte sich aber durch eine Ungeschicklichkeit seines Mittelläufers mit dem Endergebnis geschlagen bekennen.

*

Reit- und Fahrturnier in Legden.

‡ **Legden,** 24. Juli.

Wettkampf der Reitervereine des Kreises Ahaus. Jeder Verein stellt 6 Reiter und Pferde. 1. Legden 24,48, 2. Ahaus 31,97, 3. Schöppingen 44,74 Punkte.

Reitprüfung, Klasse A: 1. Schulze Basthofs, Legden, „Amanda", Reiter (A. Sch. Basthof); 2. Schulze Kappelhoffs (Ahaus) „Frieda" (Joh. Kappelhoff); 3. H. Hessels (Legden) „Elly" (L. Koggenhorst).

Eignungsprüfung für Reitpferde, Paarklasse. 1. H. Hessels „Elly" und Deggerich-Thies „Erich"; 2. Sch. Schwering und A. Schwieters (Ahaus); 3. Schulze Basthoffs „Amanda" und Wieser-Lieftucht „Nela".

Eignungsprüfung für Einspänner. 1. W. Decker (Legden) „Coralle" (F. Klause); 2. Hermeling (Billerbeck) „Franka"; 3. H. Hackenfort (Schöppingen) „Marga" (H. Westerwadesloh); 4. J. Offing (Coesfeld) „Aurora" (J. Offing).

Jagdspringen, Klasse A: 1. Gillhaus (Appelhülsen) „Hermine" (Gillhaus).

Reitprüfung, Klasse L: 1. Anton Frhr. v. Oer (Legden) „Aida" (v. Oer); 2. W. Decker (Legden) „Koralle" (F. Klause); 3. Ww. Eynck (Osterwick) „Iwa" (J. Einck).

Eignungsprüfung für Zweispänner. 1. W. Thier (Holtwick) „Hermine" und Sch. Hünings (Gaupel) „Emma" (B. Thier); 2. Hermeling (Billerbeck) „Franka" und Neuhaus (Billerbeck) „Verba" (B. Neuhaus); 3. Wieser-Lieftucht (Asbeck) „Nela" und desselben „Fanny" (Wieser-Lieftucht).

Legdener Jagdspringen. 1. Gillhaus (Appelhülsen) „Herrin" (Gillhaus).

Reitprüfung, Klasse A, 2. Abt. 1. Gillhaus (Appelhülsen) „Herrin" (Gillhaus); 2. Bisping (Billerbeck) „Hermann" (A. Bisping); 3. Hermeling (Billerbeck) „Franka" (A. Hermeling).

Fahrspringen, Klasse A: 1. Gillhaus (Appelhülsen) „Herrin" und Gerdemann (Appelhülsen) „Hesperus" (Gerdemann).

*

Erstes Sportfest des Landkreises Münster.

‡ **Telgte,** den 24. Juli.

Am Samstag und Sonntag fand in Telgte das Spiel- und Sportfest des Landkreises Münster statt. Die Feier wurde am Samstag mit einem Fackelzug und einer Festrede des Landtagsabgeordneten Brockmann (Rinkerode) eingeleitet. Am Sonntag stiegen nach einem erhebenden Gottesdienste im Freien die sportlichen Wettkämpfe.

Der Verlauf der Wettkämpfe.

Zum Endlauf für die Schwedenstaffel (1. Kl.) starteten Telgte, Greven, Realschule Telgte und Hiltrup. Der Sportklub Telgte errang mit 15 m Vorsprung den Preis für die Schwedenstaffel. Die 4-mal-100-m-Staffel (2. Klasse) wurde im Endlauf von der Telgter Realschule und dem S. C. Telgte ausgefochten. Den Ehrenpreis errang die Realschule Telgte mit 49 Sek. Die nächsten waren Realschule Telgte (2.) mit 52 Sek. und Sportklub Telgte mit 54 Sekunden.

Die Reitervorführungen erregten ein allgemeines Interesse, Besonders das Voltigieren am lebenden Pferd. In der Gewandtheitsprüfung wurden die Preise wie folgt errungen: 1. Dieckhoff, 2. Ester, 3. Woltering, 4. Natrup. Allgem. Reitprüfung: 1. Ester, 2. Brockhausen, 3. Dieckhoff, 4. Averkamp. Jagdspringen: 1. Dieckhoff, 2. Averkamp, 3. Brockhausen.

Beste Vereinsleistung: 1. Realschule Telgte 956, 2. Sp. Greven 09 848, 3. S. C. Telgte 841, 4. D. J. K. Hiltrup 822, 5. D. J. K. Wolbeck 606, 6. D. J. K. Albersloh 532, 7. Ballsp.-V. Greven 360 Punkte.

Fünfkampf Klasse 1: 1. Wallmeyer, Greven 09, 132, 2. Meyer, S. C. Telgte, 106; 3. Quante, D. J. K. Hiltrup, 105; 4. Weiger, D. J. K. Wolbeck, 103; 5. Heithorn, D. J. K. Hiltrup, 102; 5. Bröcker, Realschule Telgte, 102; 5. Hennenberg, D. J. K. Albersloh, 102; 6. Brüning, D. J. K. Hiltrup, 100, 7. Löbbert, Greven 09, 97, 7. Brüggemann, D. J. K. Westbevern, 97; 8. Bunne, Realschule Telgte, 96, 9. Lohmann, Realschule Telgte, 95; 10. Wittkamp, S. C. Telgte, 94 Punkte.

Vierkampf, 2. Klasse: 1. Schulte, D. J. K. Wolbeck, 106; 2. Bock, Realschule Telgte, 105; 3. Langerhegermann, Realschule Telgte, 103; 4. Leifheit, Realschule Telgte, 101; 5. Humpe, Realschule Telgte, 92; 6. Uhlenbrock, S. C. Telgte, 89; 7. Mauring, D. J. K. Albersloh, 84; 7. Timpe, Realschule Telgte, 84; 8. Stallmeier, Greven 09, 82; 8. Watermeier, Realschule Telgte, 82; 9. Fischer, Realschule Telgte, 81; 10. Höscher, Realschule Telgte, 80 Punkte.

Für die Hausfrauen.

Abgenutzte Ledermöbel reibt man mit einem in Terpentin getauchten weichen Tuche ab. Hartnäckige Flecke behandelt man mit schwachem Essigwasser und putzt das Leder, nachdem es getrocknet ist, mit gerührtem Eiweiß blank.

Rostflecken werden beseitigt aus Leinen, Wolle, Baumwolle durch Auswaschen in einer Kleesalzlösung. Metallgegenstände reibt man mit Schmirgelpapier ab und fette sie dann gut ein, damit sie ihren ursprünglichen Glanz wieder erhalten.

Leere Zündholzschachteln benutze man zum Feueranmachen, indem man sie mit den Abfällen und Enden verbrauchter Zündhölzer, kleinen Schwartenstückchen, Lichtstümpfen usw. anfüllt. Sie ergeben sehr gute Zünder.

Porzellan und Glas bekommt einen schönen Glanz, wenn man es in einer abgekühlten Boraxlösung abwäscht.

Kupferstiche reinigen besorgt man am besten, indem man das Bild auf der Vorder- und Rückseite mittels eines weichen Schwammes mit einer Lösung von 40 Gramm kohlensaurem Ammonium auf 1 Liter Wasser wäscht. Man spült den Bogen dann mit klarem Wasser und befeuchtet ihn mit einer Mischung Wasser, in der kleine Mengen Chlorkalk aufgelöst sind. Das Bild muß an der Luft (am besten an der Sonne) trocknen.

Um den Holzgeruch aus neuen Schränken zu vertreiben, der auch an den darin befindlichen Kleidern haftet, schütte man Spiritus in eine Schale, die auf einen Blechuntersatz in den Schrank gestellt wird. Durch Verbrennen des Spiritus im geschlossenen Schrank erzielt man dann das gewünschte Resultat.

Gegen Magenkrämpfe empfiehlt sich das Auflegen von Breiumschlägen aus Leinsamenmehl; auch zu verwenden zum Aufweichen von Geschwüren.

Die Reinigung eiserner Pfannen erfolgt dadurch, daß man sie sofort nach Gebrauch mit warmem Sodawasser füllt und diese Flüssigkeit erhitzt. Bei Pfannen, die zum Backen verwendet werden, empfiehlt es sich, kein Wasser zu verwenden, da sonst die Speisen hängen bleiben, sondern die erhitzte Pfanne tüchtig mit Salz auszureiben.

Zeno-Briefkasten.

(Anfragen bitten wir unter Beifügung der letzten Monatsquittung nur an die Redaktion dieser Zeitung (nicht an den Zeno in Münster) zu senden. Anfragen ohne Namensunterschrift werden nicht beantwortet.)

Hausschwamm. Es ist zunächst festzustellen, ob es sich um Hausschwamm oder dem harmlosen Kellerschwamm handelt. Wir empfehlen Ihnen dringend, einen Fachmann zu Rate zu ziehen und einen Maurer oder Zimmermeister mit der Reparatur zu beauftragen. Das Mauerwerk wird am besten mit Antinnonin bestrichen, das von den Höchster Farbwerken in Höchst a. M. zu beziehen ist. □

AR 103. Wenn Sie sich um Aufnahme bei der Reichsmarine bewerben wollen, wenden Sie sich an die Schiffsstamm-Division in Kiel oder Wilhelmshaven. Es genügt die Einsendung eines kurzen Lebenslaufes (keine Zeugnisse). Zwecks Aufnahme in die Handelsmarine wenden Sie an ein sogenanntes Heuerbüro. In Hamburg (Hornwerk), Stettin, Auguststraße, Bremen (Heuerbüro des Norddeutschen Lloyd), Heuerbüro Kiel, Werftstraße. Die Ausbildung durch den deutschen Schulschiffverein Bremen kostet etwa 1200 Mark. □

Kriegsbeschädigter Rheine. Wir nehmen an, daß Ihr Sohn die einfache Ausgleichszulage erhält. Bei 100 Prozent beläuft sich die monatliche Rente in Ortsklasse A auf 69,50 Mk., in B auf 67,95 Mk., in C auf 65,75 Mk., in D auf 63,45 Mk. Dazu in Orten ohne Sonderzuschlag eine Zusatzrente von der zuständigen amtlichen Fürsorgestelle (Wohlfahrtsamt in Höhe von 49,60 Mk. Ob Ihr Sohn gem. § 31 R. V. G. eine Pflegezulage zu beanspruchen hat können wir ohne Einsichtnahme in den Rentenbescheid nicht sagen. Uebersenden Sie uns diesen Bescheid den wir auch zur Errechnung der Nachzahlung benötigen. Auch die Zusatzrente muß ab 1. 9. 1925 nachgezahlt werden. □

Telgte. Das Bassin würde nicht überlaufen, da der Zufluß nicht stärker als der Abfluß ist. Würde das zweite Rohr nicht 7, sondern nur 5 Stunden gebrauchen, um das Bassin zu füllen, so würden sich wenn beide Zuflußrohre angestellt werden, so würden sich 2½ Stunden ergeben, der Zufluß also größer als der Abfluß sein und ein Ueberlaufen des Bassins eintreten.

H. in P. Zu 1. Der Anspruch auf Kindergeld in diesem Falle richtet sich nach den Statuten, die der Betreffende einsehen kann. Zu 2. In dieser Angelegenheit wenden Sie sich an die Lebensversicherungsanstalt, der die in Frage kommende Knappschafts-Pensionskasse untersteht. Diese Aufsichtsbehörde ist in den Statuten bezw. Satzungen genannt.

Reichswehr Ahlen. Der Zudrang zur Reichswehr ist zur Zeit außerordentlich stark, so daß die Aussicht angenommen zu werden, sehr gering ist. Wir empfehlen Ihnen sich an eine Reichswehrdivision zu wenden, die darüber unterrichtet ist, welche Regimenter Freiwillige einstellen. Für Sie kommt die 6. Reichswehr-Division in Münster in Frage.

Rockefellerfreund und R. IM. Die Adresse dieses vielumworbenen Krösus gaben wir in Nr. 189 vom 18. Juli bekannt.

ABC Wettringen. Maulwürfe kann man mit sog. Maulwurffallen vertilgen. Verstopfen der Gänge mit petroleum- oder teergetränkten Lappen hat sich sehr bewährt. Im übrigen sollte man nicht vergessen, daß der Maulwurf auch Nutzen bringt und ihn nur dann vertilgen, wenn er massenweise auftritt.

F. H. Schermbeck. Die Anschrift dieser Firma können wir Ihnen nicht mitteilen. Diese Rotorpumpe ist unseres Wissens noch nicht zum Vertrieb gelangt.

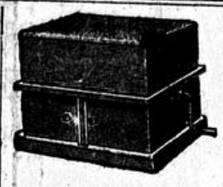
T. F. Telgte. Im alten preußischen Heere gab es auch katholische Generale.

Ell. Emsdetten. Wenden Sie sich mit dieser Anfrage an das Arbeitsam tin Rheine und Bocholt und betr. der Anfrage über Hannover und Westfalen an das Landesarbeitsamt in Münster i. W. und an das Landesarbeitsamt in Hannover.

W. W. Warendorf. Die Auskunftsstelle bei der Landwirtschaftskammer Westfalen in Münster, Abteilung Gartenbau wird Ihnen genaue Auskunft über den Werdegang des Gartenbauarchitekten und die Orte in denen Gartenbauschulen bestehen, angeben.

Extrazug nach Holland!!
Sonntag, den 31. Juli ab Münster u. Rheine
nach dem Weltbad
Scheveningen und Den Haag
Aufenthalt in Haag-Scheveningen ca. 10 Stunden. Kein Paß erforderlich.
Abfahrt morgens 5.15 Uhr Hauptbahnhof Münster, von Rheine 6.07 Uhr. Rückkehr gegen 1 Uhr nachts.
Von Münster **Preis II. Kl. 19.80 Mark** „ **III. „ 14.20 Mark**
Von Rheine **Preis II. Kl. 17.80 Mark** „ **III. „ 13.00 Mark**
Umgehende Anmeldung (da beschränkte Teilnehmerzahl) bei 3 Mark Anzahlung beim
Reisebüro E. Vendel G. m. b. H., Münster, Salzstr. 57, in Rheine bei Buchhandlung A. von Kopczynski.
Nach dem 28. 10% Aufschlag.

Linoleum
in großer Auswahl vorrätig.
Verlegen durch eigene Leger.
Rodenstein
Münster i. W.
Klosterstr. 1 a, Tel. 623



Sprechapparate in einfacher Ausführung von 20.—Mk. an Alleinvertretung der beiden besten Marken **Electrola, Resonaphon.**
Platten alle Marken. Electrola, Columbia, Grammophon, Parlophon, Odeon usw.
Größtes Grammophon- und Plattenlager hier am Platze.
Musikhaus Fritz Riesenbeck,
Glaspassage **Münster i. W.** Tel. 1338

Das Rad
die zuverlässigste Maschine der Jetztzeit
rassig, schnell, stabil,
enorme Steigungsfähigkeit, grenzenlose Sicherheit auf der Straße, niedrige Schwerpunktlage, doppelter Rahmen, Blockmotor mit nur einer Kette und Umlaufschmierung.
Kassapreis Mk. 1160. Kostenlose Fahrausbildung
Gen.-Vertr. Anton Buse, Münster i. W.
Ludgerihof Telephon 2927.

Gegen
Feuer Diebstahl Einbruch



Der d2846
tatsichere „Pohlschröder"
General-Vertretung und Niederlage
J. G. Niemann, Münster i. W.
Glaspassage.

Frisches Wasser aus Ihrem Brunnen
liefert durch Leitung in Haus und Ställe die
RUWO-PUMPE
Verblüffend billige Anlage vm34
ohne Windkessel und ohne Vorratsbehälter
Ingenieurbüro Schmale, Zietenstr. 24, Düsseldorf Gu
gibt Auskunft und Angebot.
Fernruf Nr. 31177. Drahtwort: Turbinenbau.

+ Bruch- bänder +
neues System!
Glänzende Erfolge
A. Fering, Münster,
Gegründet 1872
Ludgeristr. 95. Tel. 335
Sanitäts- und Bandagenhaus
Hüten Sie sich vor Hausierern und Wanderbandagisten. Dieser Hinweis als Warnung vor Ausbeutung. [b2687

Wollen Sie etwas geschrieben haben!
wie Zeugnisabschriften, Dissertationen, jegliche Geschäfts- und Privatkorrespondenz, Aufsetzen von Gesuch. usw.
dann kommen Sie zu uns.
Hapuco
Oeffentl. Schreibstuben
Münster i. W.,
Hammer Straße 6
(Restaurant Pieper)
Vervielfältigung mit Typenflachdruck billigst
Daselbst Anfertigung sämtl. Lackschriftarbeit., Reklameplakate usw. in künstl. Ausführung.

Plissees
Stickereien
Aufzeichnungen
Knöpfe
Hohlsäume
sofort schnellstens
Jos. Weglage,
Münster, Ludgeristr. 97
gegenüber dem Durchgang zum Bahnhof.
Fernruf 1779. d2639

Prima innengelbtote
Steinfelt-Fahrräder
versenden wir direkt an Private. Vertreter hoher Nebenverdienst. Preisliste gratis und franko.
Steinfelt-Fahrradindustrie
Neuenkirchen
bei Rheine i. Westf.

Feinstes Tafel-
Pflaumenmus
gar. rein, m. Zucker eingek.
10-Pfd.-Eimer, Postk. 3,75 M.
25 „ „ Bahnk. 8,50 M.
Fässer mit 50—140 Pfd.
à Pfd. 0,34 M.
ff. Preißelbeeren mit Zucker, 10-Pfd.-Eimer 6.— M.
ff. Rübensaft, beste Qualität, 10-Pfd.-Dose 2,75 Mk.
Preise ab hier geg. Nachn.
Heinr. Eckstein, Konservenfabr., Magdeburg N. 509. a3397

Das richtige Tourenrad für Sie!
NSU



500 ccm
Sind Sie Liebhaber eines Zweizylinder-Motorrades? Unser Zweizylinder-Modell mit weicher Rahmen- und Gabelfederung ist gerade das Rad, von dem Sie viel verlangen können. Es ist unbedingt zuverlässig und hat große Kraft-Reserve. Durch die feindurchdachte Konstruktion haben Sie eine stoßfreie und genußreiche Fahrt, selbst auf holperigen und schlechten Wegen. Deshalb hat die Maschine sehr lange Lebensdauer.
Touren-Modell **1225.— Mk.** Sport-Modell **1250.— Mk.**
NSU Vereinigte Fahrzeugwerke A.G.
Neckarsulm Württbg.
Vertretung für Münster:
Friedrich Saßmann, Münster,
Glaspassage.